Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. :::

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 74. | Danzig, den 11. September 1912. | 3. Jahrgang.

Die Einberufung des Reichstags.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat an den Reichskanzler folgende Eingabe gerichtet:

Berlin, 5. September 1912.

An den Kanzler des Deutschen Reichs,
Herrn von Bethmann Hollweg, Exzellenz!

Die unterzeichneten Reichstagsabgeordneten verfehlen nicht, Euere Exzellenz zu ersuchen,

daß unverzüglich Maßregeln ergriffen werden, um die herrschende Teuerung zu mildern.

Der Notstand hat — das wird allgemein anerkannt — einen Grad erreicht, wie nie zuvor. In den Kreisen der Arbeiter und des Mittelstandes bis tief in die Reihen der Beamten herrscht eine Erregung, eine Erbitterung, an der die gesetzgebenden Faktoren nicht achtlos vorübergehen können. Da die exorbitante Teuerung seit einer Reihe von Jahren nicht nur immer wiederkehrt, sondern sich auch verschärft, so kann man von ihr jetzt nicht mehr als von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen. Immer dringender wird deshalb die Forderung nach Beseitigung der gesetzlichen Bestimmungen, unter deren Wirkung die weitesten Schichten des Volkes leiden und an ihrer Gesundheit geschädigt werden. — Zu diesem Zwecke erscheint erforderlich

die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Vieh und Fleisch,

die Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufrechterhaltung unerläßlicher Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen,

die Aufhebung der Futtermittelzölle,

die Beseitigung der Einfuhrscheine,

und vor allem

die sofortige Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch,

da dadurch am wirksamsten in kürzester Frist eine Milderung der Not erreicht werden kann.

Zur Herbeiführung der gebotenen gesetzlichen Maßnahmen ersuchen wir Ew. Exzellenz

die schleunigste Einberufung des Reichstages

zu veranlassen.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage der 110 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages:

Bebel, David, Ebert, Fischer, Haase, Kaden, Molkenbuhr.

Sozialdemokratie und Religion.

So ist er denn wieder einmal zum Vorschein gekommen, der den älteren Parteigenossen wohlbekannte Antrag, der die Partei zum Kampf gegen die Religion scharf machen will. Vor zehn und mehr Jahren konnte man ihm auf jedem Parteitag begegnen. In der Regel fand er nicht einmal so viel Unterstützung, um überhaupt zur Verhandlung zu gelangen. So verzichtete man denn darauf, ihn immer vergeblich einzubringen, und wir hatten ihn tatsächlich schon fast vergessen, bis er dieses Jahr seine fröhliche Auferstehung gefeiert hat. Allerdings ist er um vieles zahmer geworden. Seine wildeste Form hatte er wohl im Jahre 1903, wo der damalige Genosse Wecker verlangte: nur solche Personen, die keiner konfessionellen Religionsgemeinschaft angehören, dürften Parteiämter bekleiden und zu Wahlen als Kandidaten aufgestellt werden. So weit gehen die Freidenker heute nicht. Vermutlich hoffen sie, durch Mäßigung mehr zu erreichen, und fordern deshalb „nur", der Parteitag solle ausdrücklich anerkennen, „daß die Aufklärung über die **Unvereinbarkeit der Religion mit der Wissenschaft** eine wesentliche Aufgabe der Partei sei." Damit haben sie aber einen Bock geschossen, den man eigentlich gerade von ihnen am allerwenigsten erwartet hätte.

Allerdings wird gerade den Proletariern unter dem Namen „Religion" allerlei dogmatischer Formelkram vorgesetzt, der von der Wissenschaft längst widerlegt ist. Es wird ihnen zugemutet, zu glauben, daß Gott die Welt in 6 Tagen erschaffen, dabei den Himmel sogar zweimal, nämlich einmal „am Anfang" und dann noch einmal am zweiten Tage, daß er das Weib aus einer Rippe des Mannes gemacht habe usw., wortwörtlich alles, wie es in der Bibel steht. Aber trotzdem wäre es doch grundfalsch, hierin das **Wesen** der Religion zu sehen. Ueberlegen wir nur ein wenig weiter. **Weshalb** sollen die Proletarier diese alten Sagen als **Wahrheit** hinnehmen? Doch nur um ihnen den Glauben an die göttliche Autorität um so fester einzuhämmern, d. h. den Glauben, daß es einen persönlichen Gott gibt, der das ganze Weltall geschaffen hat und es auch dauernd zum Nutzen der Menschen regiert. **Der Glaube an den persönlichen Gott ist die Hauptsache,** alles andere ist Beiwerk. Wir können uns nicht denken, daß dieser Satz bei irgendwen auf ernstlichen Widerspruch stoßen wird. Mag alles andere fallen, mag ein Mensch sich überzeugen lassen, daß die Schöpfungssage der Naturwissenschaft widerspricht und nicht richtig sein kann, mag er den ganzen Wunderglauben aufgeben, ja mag er sogar — was schon viel wesentlicher wäre — die religiösen Sittengebote anzweifeln, so lange er an der Existenz eines persönlichen Gottes glaubt, ist er religiös.

Nun wohl: dieser Glaube an die Existenz eines persönlichen Gottes ist aber **mit der Wissenschaft keineswegs unvereinbar!** Wie sollte er denn! Wir wissen — oder wir sind wenigstens überzeugt, daß die Welt nach ewigen, unabänderlichen Naturgesetzen lebt und ihren Lauf vollendet. Aber ist damit irgend etwas über den **Ursprung** dieser Naturgesetze gesagt? Läßt das nicht durchaus dem Glauben Raum, daß ein persönlicher Schöpfer das alles so bestimmt und eingerichtet hat und auch dauernd darüber wacht, daß es in Ordnung bleibt? Ueberhaupt gibt uns die Naturwissenschaft wohl Aufklärung über eine Menge von Vorgängen in der Natur, aber über die **Entstehung** der Welt sagt sie uns nichts. Und der wahre Wissenschaftler wird auf die Frage, ob es einen Gott gibt, sich stets mit der Antwort bescheiden müssen: das wissen wir nicht. Niemals wird er behaupten können: es gibt keinen Gott.

Steht es so in den hochentwickelten Naturwissenschaften, so darf man an die heute noch so wenig entwickelten Gesellschaftswissenschaften nur weit geringere Ansprüche stellen. In der Geschichte, in der Nationalökonomie sind wir ja noch nicht einmal so weit, einzelne Ereignisse erklären zu können. Warum hat Deutschland den Krieg von 1870 gewonnen? Wir wissen es nicht, und wenn die Frommen im Lande behaupten: weil Gott mit ihnen war, so möchten wir den sehen, der das **wissenschaftlich** zu widerlegen vermöchte. Das sind Dinge, über die uns die Wissenschaft noch keine Auskunft gibt, vielleicht nie geben wird. Und folglich kann man auch nicht sagen, daß der Glaube an Gott mit der Wissenschaft unvereinbar sei. Wie könnte das auch sein! Gibt es doch zweifellos viele hervorragend intelligente und wissenschaftlich hochgebildete Leute, die an Gott glauben. Wer gibt uns das Recht, sie allesamt für Heuchler zu erklären, nur weil wir **nicht** an Gott glauben!

In aller Unschuld wollen also hier die Freidenker der Partei eine Aufgabe aufhalsen, die sie schon deshalb nicht lösen kann, weil sie unlösbar ist.

Nun aber die Hauptsache: was hat die Frage, ob es einen Gott gibt, mit Sozialismus zu tun? Man denke sich nur die Durchführung eines solchen Beschlusses. Zu beweisen, daß Jesus nicht mit einem Brot 5000 Mann gespeist haben kann, würde allerdings nicht schwer fallen. Aber wir wollen doch unsere Gegner nicht so niedrig einschätzen, daß sie nicht alsbald diesen für sie recht unfruchtbaren Streit fallen ließen und die Erörterung auf den Hauptpunkt lenkten, eben auf die Frage, ob es einen persönlichen Gott gibt. Und damit sollen wir unsere Versammlungen und unsere Presse füllen? Haben wir wirklich nichts wichtigeres zu tun? Selbstverständlich soll es keinem Parteigenossen, der sich dafür interessiert, benommen sein, für seine Person privat und öffentlich so viel darüber zu diskutieren, wie er will. Und wenn einmal eine Parteiorganisation eine Versammlung mit diesem Thema anberaumt, so ist das auch weiter nicht schlimm. Aber der Schluß wird doch immer nur der sein: solcher Glaube ist Sache der persönlichen Empfindung jedes Einzelnen.

Es ist eben immer der alte Fehler, ein gründliches Mißverständnis über den Sinn unseres Programmsatzes „Erklärung der Religion zur Privatsache". So wie die Gegner eine Feindschaft gegen die Religion hineinlegen, so lesen die Freidenker eine Liebeserklärung für die Religion heraus. In Wahrheit ist er weder das eine noch das andere. Sondern er besagt wirklich nichts weiter, als was in ihm steht: die Religion soll zur Privatsache erklärt werden. Heute ist sie nämlich Staatssache. Und dieser Umstand, daß der Staat die religiösen Angelegenheiten in der Hand hat, der hat es ermöglicht, daß unter hervorragender Mitwirkung der Kirche die Religion als Mittel zur Niederhaltung des Proletariats benutzt wird. Und wer hier einsetzt, der findet wahrlich Stoff genug zu echt sozialistischer Propaganda. Den Nachweis führen, daß die Kirche zur Dienerin des Mammons geworden ist, daß sie aus der Religion, und zumal aus der christlichen Religion, die nach Ursprung und Sinn eine Religion der Armen gewesen ist, umgekehrt ein Herrschmittel der Reichen gemacht hat, den Nachweis, daß die Reichen das selbst nicht glauben, was die Armen glauben sollen, weil ja sonst schon die Furcht vor der Vergeltung im Jenseits sie zu einem ganz andern Verhalten in Staat und Gesellschaft zwingen würde — dies und alles, was damit zusammenhängt, ausführlich darzulegen, wenn einmal die Rede auf das religiöse Thema kommt, das dürfte wohl angemessener und fruchtbarer für Sozialdemokraten sein als der Streit um die Frage, ob es einen Gott gibt. Vergessen wir nie, daß die Aufgabe der Sozialdemokratie in dem **Kampf gegen die Ausbeutung des Proletariats** besteht. Sie hat sich demnach mit der Religion nur in so weit zu befassen, wie diese — sei es direkt oder indirekt — als Hilfsmittel der Ausbeutung benutzt wird. Das geschieht durch die gegenwärtige Verstaatlichung der Religion. Deshalb fordern wir Erklärung der Religion zur Privatsache, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wie der einzelne sich zur Religion stellt, ob er an Gott glauben will oder nicht, das hat er lediglich mit sich allein abzumachen.

Zur Teuerung.

Eine vorübergehende Erscheinung.

1905.

Reichstagssitzung vom 30. November. Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischteuerung. Er fordert freie Einfuhr von Futtermitteln, Aufgabe der Vieh- und Fleischsperre.

Landwirtschaftsminister von Podbielski antwortet. (Stenographischer Bericht, 1. Band 1905/06, Seite 25.) Er schildert den Zustand als einen vorübergehenden und sagt dann wörtlich: „Ist er dauernd, dann muß er beseitigt werden. Was ich zu sagen habe, geht darauf hinaus, daß ich darlege: die Teuerung und ihre Ursachen sind vorübergehend und deshalb ist in kurzer Zeit eine Aenderung der augenblicklichen, wenig erfreulichen Verhältnisse zu erwarten."

1906.

Reichstagssitzung vom 11. Dezember. — Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischteuerung und führt u. a. nach dem Stenogramm aus: „Herr v. Podbielski hat damals (1905) von einer vorübergehenden Erscheinung gesprochen.

Das hat ihn zwar nicht abgehalten, an anderer Stelle öffentlich zu erklären, daß er diese seine Behauptung selbst nicht geglaubt habe."

Zur Beantwortung Landwirtschaftsminister von Arnim: „. . . . Welches sind nun die Aussichten für die Preise der Zukunft? . . . Die Schweinepreise sind in den letzten Tagen um 15 bis 20 Mark gefallen . . . Daß dieser Preisfall von Bestand sein wird, dafür spricht der ganz außerordentlich vermehrte Auftrieb . . . Damit wäre eigentlich die ganze Fleischnotfrage gelöst. M. H.! Ich bin, wie ich schon gesagt habe, der Ueberzeugung, daß die Viehnot und Fleischnot gelöst ist. Trotzdem haben es die beteiligten Regierungen für ihre Pflicht gehalten, zu untersuchen, wie Milderung der Kalamität . . ." (folgt eine Berufung auf die vorausgegangenen Ausführungen Posadowskys, über unwesentliche Maßnahmen, Frachtermäßigung usw.).

1907.

Reichstagssitzung vom 25. November. Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischteuerung.

Staatssekretär des Innern von Bethmann-Hollweg antwortet: „. . . . Mit dieser Steigerung der Löhne hat naturgemäß auch ein Mehrverbrauch von Lebensmitteln stattgehabt, und erfreulicherweise hat im allgemeinen auch die breiteste Schicht der Bevölkerung die Möglichkeit gehabt, ihren Lebenszuschnitt zu verbessern, wie dies die Zunahme des Fleischverkehrs zeigt . . . . Wir können nicht einer vorübergehenden Erscheinung wegen Maßnahmen ergreifen, wie sie der Herr Vorredner zuletzt vorschlug."

1911.

Reichstagssitzung vom 23. Oktober. Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Teuerung.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg antwortet: „. . Diesen Angriffen gegen unsere Wirtschaftspolitik werden die Regierungen einen entschiedenen Widerstand leisten. Wie ich wiederholt von dieser Stelle aus erklärt habe, ist für die verbündeten Regierungen das zähe und entschiedene Festhalten unserer Wirtschaftspolitik Sache wohl begründeter Ueberzeugung und wir können uns auch durch die Folgen der diesjährigen Dürre, so beklagenswert sie sind, nicht von einem Wirtschaftssystem abbringen lassen, von dem wir die Ueberzeugung haben, daß es dem Wirtschaftsleben der Nation zum Segen gereicht habe."

1912.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 27. August: „. . . . Der Ausfall der gesamten Ernte läßt erwarten, daß die Futtermittel und damit die Vieherzeugung wieder billiger werden.

Die heißen Sommermonate sind bekanntlich für die Viehmast die ungünstigsten und infolgedessen in der Regel auch die teuersten Monate. Wenn nun in diesem Jahre die Preissteigerung unter der Nachwirkung der vorjährigen Mißernte ganz besonders groß ist, so gestattet andererseits die starke und rasche Vermehrungsfähigkeit der Schweineproduktion angesichts der diesjährigen guten Ernte die Hoffnung auf eine nicht allzu lang hinausgeschobene Rückkehr zu niedrigeren Preisen."

*

Diese aktenmäßigen Feststellungen sprechen für sich selbst. 1905: „Die Teuerung ist vorübergehend." 1906: „Die Viehnot ist gelöst." 1907: „Eine vorübergehende Erscheinung." 1911: „Folgen der diesjährigen Dürre." 1912: „Hoffnung auf eine nicht allzu lang hinausgeschobene Rückkehr zu niedrigeren Preisen."

Ein so zähes Festhalten an einem immer wieder widerlegten Irrtum ist einem normal gebauten, menschlichen Denkapparat überhaupt unmöglich. Man muß schon ein Minister des Bundes der Landwirte sein, um mit solcher Zähigkeit bei einer x mal widerlegten objektiven Unwahrheit beharren zu können.

Läßt man die vorübergehenden Erscheinungen auf der Ministerbank Revue passieren, so erscheint der wackere Podbielski immer noch als die sympathischste. Denn dieser alte ehrliche Minister und Großschweinezüchter hat bald nach seiner Reichstagsrede in seiner burschikosen Weise lachend erklärt, daß er an die „vorübergehende Erscheinung" selbstverständlich nicht geglaubt habe. Von Herrn von Bethmann Hollweg muß man fast fürchten, daß er das, was er zwei Jahre später sagte, wirklich geglaubt hat. Glaubt er's aber auch heute noch? Nun, seine Preßtrabanten versichern, daß die Rückkehr zu niedrigeren Preisen jetzt aber ganz bestimmt zu erwarten ist.

Und vielleicht behalten sie recht. Vielleicht werden die Fleischpreise wieder einmal für ein paar Wochen um einige Pfennige heruntergehen. Dann wird die agraroffiziöse Presse Viktoria schießen über den Erfolg der bewährten Wirtschaftspolitik. Wenn aber nachher, wie es noch immer war, die Preise um das Doppelte und Dreifache des Rückgangs steigen? Ja — dann ist es wieder eine vorübergehende Erscheinung.

*

Ein Unternehmerblatt für Öffnung der Grenzen.

Die Bergwerks-Zeitung, das Blatt der Zechen- und Hüttenkapitalisten, nimmt in ihrer Nummer vom 1. September d. J. in ihrer Wochenrundschau Stellung zur Fleischteuerung. Wir finden da folgende interessante Ausführungen:

„Es geht so auf die Dauer nicht weiter. Selbst aus den Kreisen, die früher nicht gewillt waren, wird jetzt die Mahnung erhoben, die Regierung müsse die Grenzen weit öffnen, wenigstens für geschlachtetes, insbesondere für gefrorenes Fleisch aus Australien und Südamerika. Dieser Forderung gegenüber kann das beliebte Argument gegen die Einführung von lebendem Vieh, daß dadurch der Viehbestand des deutschen Bauern verseucht werde, nicht geltend gemacht werden, denn ein gefrorenes Hammelsviertel kann dem deutschen Rindvieh unmöglich die Maul- und Klauenseuche übertragen. Die Erfahrung in England hat aber gezeigt, daß durch die sorgsam organisierte und gepflegte Einfuhr von australischem Fleisch weiten Volkskreisen ein billiges, zusagendes und gesundes Nahrungsmittel beschafft werden kann. Gegen diese bescheidene Forderung zurzeit der Fleischnot kann die Regierung unter keinen Umständen irgend ein stichhal-

tiges Argument geltend machen und wenn sie auch diese Forderung ablehnt, so kann sie sich gegen den von extremer Seite erhobenen Vorwurf, ihre Politik sei nur darauf gerichtet, den Agrariern die hohen Viehpreise unter allen Umständen zu garantieren, nicht verteidigen. Selbst die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat zugegeben, daß eine Fleischteuerung vorhanden ist. Der von ihr angegebene Trost, es handele sich nur um eine vorübergehende Erscheinung, kann nicht mehr ernst genommen werden, da er schon zu oft gespendet worden ist und sich niemals bewahrheitet hat. Wenn das offiziöse Blatt jetzt von neuem mit dieser windigen Ausflucht kommt, so darf es sich nicht darüber wundern, daß ihm mit Hohn begegnet wird. Im ganzen kommt ja diese regierungsseitige Begründung darauf hinaus, das deutsche Volk werde sich an diese ewig wiederkehrende Fleischteuerung „gewöhnen". Dieses Argument ist aber um nichts humaner als die Anschauung der Leute, die dem Aal die Haut bei lebendigem Leibe abziehen, und die jedem Einwand gegen diese Grausamkeit mit der Ausrede begegnen, die Aale seien das gewohnt. Natürlich sind nicht die Aale an diese Grausamkeit gewohnt, sondern ihre Schinder."

*

Protest der Berliner Arbeiter.

Am Dienstag, den 3. September wurden in Berlin und Umgegend über 70 Protestversammlungen abgehalten gegen den Fleischwucher und die Teuerung. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt, so daß Tausende keinen Platz finden konnten. Es war ein Massenprotest des Berliner Proletariats wie ihn Berlin selten gesehen hat. Folgende Resolution wurde in allen Versammlungen angenommen:

Die Versammlung konstatiert, daß der Kapitalismus zu einer Teuerung aller notwendigen Lebensmittel geführt hat. Sie erkennt darin sein Unvermögen, die stetig wachsenden Produktivkräfte in den Dienst der Wohlfahrt der Gesamtheit zu stellen, und zugleich den stärksten Beweis für die Notwendigkeit sozialistischer Regelung der Produktion. Sie konstatiert ferner, daß die Teuerung durch die Zollwucherpolitik und die Absperrung der Grenzen für Deutschland über jedes erträgliche Maß hinaus verschärft worden ist.

Deshalb fordert die Versammlung zur Linderung der Not die Abschaffung der Lebens- und Futtermittelzölle, die Beseitigung der auf den Verbrauchsartikeln der breiten Masse ruhenden indirekten Steuern, die Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch. Zur Durchführung der unerläßlich gewordenen Aenderung der Wirtschaftspolitik wird die Regierung aufgefordert, sofort den Reichstag einzuberufen. Sie fordert ferner die kommunalen Vertretungen auf, unverzüglich Maßregeln zur besseren Versorgung des Lebensmittelmarktes zu treffen. Die Versammelten erkennen die Stärkung der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und konsumgenossenschaftlichen Organisation sowie die Verbreitung des Vorwärts als dringendste Pflicht jedes Arbeiters und Angestellten und sind entschlossen, den Kampf für ihre schwer bedrohte Lebenshaltung mit aller Energie bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

*

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Bingen: Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, in einer Eingabe an das Ministerium die Bewerkstelligung einer ungehinderten Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh zu fordern.

*

Oberbürgermeister Feldmann von **Aachen** gab bei Eröffnung der letzten Stadtverordnetenversammlung die Erklärung ab, daß die Fleischteuerung in Aachen eine Höhe erreicht habe, wie seit 100 Jahren nicht mehr. Daraus ergebe sich eine Notlage, die nicht mehr zu ertragen sei und der nur durch Einführung ausländischen Fleisches abgeholfen werden könne.

*

Die Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg-Berlin betraute eine Kommission mit den Vorarbeiten für Bekämpfung der Fleischnot.

*

Der Magistrat der Stadt Dortmund hat eine Eingabe an die Staatsregierung beschlossen, zum Zwecke schleuniger Maßnahmen gegen die Teuerung. Die Stadt wird selbst den Verkauf von Seefischen wieder aufnehmen, außerdem eine neue Verkaufsstelle errichten, die sich in einem Fabrikviertel befinden soll.

Der Sozialdemokratische Verein der Stadt Dortmund hatte eine Eingabe in diesem Sinne gemacht.

*

In Frankfurt am Main beschäftigten sich am Montag abend fünf überfüllte Versammlungen mit der betreffenden Notlage. Die Redner ernteten stürmischen Beifall. — Ebenso fand am Montag abend in Hanau eine von vielen Tausenden besuchte Versammlung statt. — **Montag fanden in Köln** 5 Protestversammlungen gegen die Fleischteuerung statt. Die Versammlungen waren sämtlich sehr stark besucht. — In München fanden Montag abend neun von der sozialdemokratischen Partei einberufene Protestversammlungen gegen die Teuerung statt.

*

Im Auftrage des Magistrats von Berlin-Schöneberg ist vom dortigen Statistischen Amt eine Zusammenstellung über das Steigen der Fleischpreise in der letzten Zeit gemacht worden. Die Preisermittelungen sind vom Polizeipräsidium an jedem einzelnen Markttage auf den Schöneberger Märkten angestellt worden. Nach dieser amtlichen Zusammenstellung ergeben sich folgende Preise:

Rindfleisch von der Keule. Der Mindestpreis für 1 Kilogramm betrug im Sommer 1908—1911 in der Regel 1,40—1,70 Mark, mitunter nur 1,30 Mark und erreichte lediglich an den Tagen im Juli 1910 bezw. 1911 die Höhe von 1,80 Mark. In diesem Jahre wurde seit dem 11. Juni Rindfleisch von der Keule nie [illegible] weniger als 1,80 Mark und seit dem 15. Juli nie zu weniger als 2 Mark feilgeboten. Vom 8.—21. August war es überhaupt nicht zu weniger als 2,30 Mark erhältlich.

Rindfleisch vom Bauch. Der Mindestpreis für ein Kilogramm ging 1908 und 1909 nie über 1,30 Mark, 1910 und 1911 nie über 1,50 Mark hinaus, und in allen diesen Jahren ging er an einzelnen Markttagen auf 1,20 Mark oder weniger herunter. In diesem Sommer betrug er nie weniger als 1,50 Mark, seit dem 8. August nie weniger als 1,70 Mark und seit dem 12. August durchweg 1,80 Mark.

Schweinefleisch. Der Mindestpreis für 1 Kilogramm war 1908 und 1910 nie höher als 1,40 Mark, 1909 nie höher als 1,50 Mark, 1911 stand er vom 1.—10. Juli auf 1,70 Mark und betrug im übrigen nur 1,10 bis 1,50 Mark. Diesmal schwankte er bis zum 7. August zwischen 1,40 Mark und 1,80 Mark, seitdem beträgt er bis 2 Mark.

Kalbfleisch. Der Mindestpreis für ein Kilogramm war 1908 bis 1911 kaum höher als 1,50 Mark, nämlich nur an 14 Markttagen im Sommer 1911 mit 1,60—1,80 Mark. In diesem Jahre betrug er seit dem 15. Juli stets mindestens 1,60 Mark, seit dem 25. Juli stets mindestens 1,80 Mark und an einzelnen Tagen sogar 1,90—2,00 Mark.

Hammelfleisch. Der Mindestpreis für ein Kilogramm war 1908—1911 nie höher als 1,80 Mark, 1909 sogar nie höher als 1,60 Mark, und in allen diesen Jahren ging er auch auf 1,40 Mark oder 1,30 Mark herab. Diesmal war er an keinem Markttage niedriger als 1,50 Mark und beträgt seit dem 23. Juli meist 2 Mark.

Geräucherter Speck. Der Mindestpreis für ein Kilogramm war 1911 nie höher als 1,50 Mark, 1908 nie höher als 1,60 Mark und auch 1909 und 1910 nur selten, nämlich an 8 bezw. 2 Tagen (mit 1,80 Mark) höher als 1,70 Mark. In diesem Jahre betrug er fast während des ganzen Juni und vom 12.—27. August 1,80 Mark, seitdem sogar 1,90 Mark.

Am 3. September wurde der Städtische Seefischverkauf wieder aufgenommen und die Nachfrage war derart lebhaft, daß im Zeitraum von 1½ Stunden der ganze Vorrat an Seefischen, insgesamt 16 000 Pfund, verkauft war. — Die Fleischpreise in Berlin sind eben derart hoch, daß selbst weite Schichten des bessergestellten Mittelstandes nicht mehr in der Lage sind, das teure Fleisch bezahlen zu können.

*

Die städtischen Kollegien in Halle a. S. haben beschlossen, nach dem Beispiele Magdeburgs billiges Fleisch zu beschaffen. Von der Teuerungskommission ist der Antrag vorgelegt worden, 200000 Mark bereitzustellen, um den Einwohnern, die weniger als 2400 Mark jährlich Einkommen haben, billiges Fleisch zu liefern.

*

Berechtigte Klage.

Die württembergische sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte eine Deputation zum Staatsminister des Innern, Dr. v. Pischek, in Sachen der Fleischteuerung entsandt. Der Minister erklärte, er habe bereits Schritte getan, um eine Stellung des Gesamtministeriums herbeizuführen. Er halte die Klage für berechtigt und gebe zu, daß es Pflicht der Regierung sei, den vorgetragenen Wünschen zu entsprechen, nur könne Württemberg allerdings eine entscheidende Maßnahme nicht treffen. Dies sei Sache des Bundesrates und des Reichstages.

Politische Übersicht.

Der Kaiser in der Schweiz.

Fürstenreisen und Fürstenbegegnungen haben in unserer Zeit zuweilen noch eine politische Bedeutung für die Nationen, die selbst viel zu wenig Rechte besitzen, um über ihre Schicksale und ihre wechselseitigen Beziehungen selbst entscheiden zu können. Aber der Reise, die Wilhelm der Zweite nach der Schweiz machte, war eine politische Bedeutung sicherlich nicht beizumessen. Die Schweiz hat vor einigen Jahren den Präsidenten der französischen Republik, Herrn Fallieres, festlich empfangen, jetzt empfängt sie den deutschen Kaiser, — die Stellung, die das Land zu den Nachbargroßmächten inne hat, erfährt durch diese Besuche keine Aenderung. Die Schweiz ist darauf bedacht, ihre Selbständigkeit und Neutralität inmitten des waffenstarrenden Europas zu wahren. Sie will im übrigen mit ihren großen Nachbarn in Frieden leben und von dem Fremdenstrom der Wohlhabenden, der aus allen Ländern in die Schweizer Gebirge fließt, gute Profite ziehen.

Wenn auch ohne politische Bedeutung, so hat gerade diese Reise Wilhelms des Zweiten ein gewisses besonderes Interesse. Es ist eine Reise in republikanisches Land, in das Land der Milizen. Der Kaiser kann dort vielleicht mancherlei sehen, was ihm sonst vorenthalten bleibt. Auch in der Schweiz haben sich die modernen Klassengegensätze entwickelt, immer schroffer stehen sich die kapitalistische Klasse und die Arbeiterklasse gegenüber. Aber das kleine schöne Land hat doch auf Grund seiner Volkseigenschaften und seiner freiheitlichen Traditionen demokratische Einrichtungen, die besonders im Vergleich zu den reichsdeutschen Verhältnissen als vorbildlich gelten können. Dazu zählt auch die schweizerische Miliz, deren Manövern der Kaiser beiwohnte.

Wenn im Deutschen Reichstage die Sozialdemokraten von Volkswehr und Milizheer sprechen, so glauben unsere Militaristen mit Achselzucken und Hohn antworten zu dürfen. In der hurrapatriotischen Presse Deutschland ist fortwährend von Vaterlandslosigkeit und antinationaler Gesinnung der Sozialdemokratie zu lesen, weil die Sozialdemokratie ein demokratisches Wehrsystem erstrebt, wie es in der Schweiz bis zu einem gewissen Grade verwirklicht ist. Dem deutschen Spießer läuft eine Gänsehaut über, wenn er hört, daß Soldaten nur zehn Wochen als Rekruten dienen, daß die ausgebildeten Soldaten ihre Uniform und Waffen bei sich im Hause behalten, daß fast sämtliche Leute, die jetzt in die Manöver rücken, sonst nach das Zivilkleid getragen haben. Gleichwohl ist kein Zweifel, daß diese Miliz allen Ansprüchen voll entspricht, die zur Verteidigung des Landes gestellt werden können. Es mag also auch für den obersten Kriegsherrn des deutschen Militarismus nicht [illegible] sein, die Heeresverhältnisse der Schweiz mit eigenen Augen zu sehen. Dabei wird sich niemand der Illusion hingeben, daß fest eingewurzelte Auffassungen über die militärische Ausbildung durch einen schnellen Blick auf manövrierende Milizgruppen eine Wandlung erfahren werden.

[illegible] an Vorstehendes möchten wir nicht unterlassen, [illegible] Zeichnen, welche uns zugegangen, unseren Lesern mitzuteilen, nachdem der Kaiser die Schweiz längst verlassen hat. Es [illegible] daraus zu ersehen, wie verschiedenartig die Auffassungen unserer [illegible] über den Empfang eines fremden Monarchen sind.

Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser kommen, weilt der deutsche Kaiser in Zürich. Er will wieder, da der Besuch der Alpen [illegible] worden ist, nur die Miliz kennen zu lernen, aber er wird in diesen zwei Tagen mancherlei andere Dinge sehen und hören, die [illegible] zu sehen und zu hören nicht gewöhnt ist.

Bereits beim Betreten des Schweizer Bodens wartet seiner die [illegible] Ueberraschung: Es begrüßten ihn in Basel zwei liberale Vertreter der Regierung, weil der [illegible] Chef dieser Regierung es [illegible] hat. Als Ursache dieser Ablehnung wird man dem Kaiser [illegible] müssen, daß dieser Regierungspräsident Sozialdemokrat ist [illegible] in sich fühlt, einem so scharfen Gegner der Demokratie, wie Wilhelm der Zweite es ist, Höflichkeiten zu sagen. Auf dem Manöverfelde bei Wil aber wird es ein Sozialdemokrat sein, der ihm die Grüße der Regierung des St. Galler Kantons zu überbringen hat. Der Präsident der St. Galler Regierung ist nämlich Genosse Heinrich Scherrer, und er will den [illegible] Auftrag in der Hauptsache deshalb ausführen, damit der Kaiser einmal sehe, „wie die Welt laufe" und daß ein [illegible] auch von Sozialisten gut regiert werden kann. Während des [illegible] Aufenthaltes wird Wilhelm der Zweite [illegible] eine ganze [illegible] kennen lernen, die in der schweizerischen sozialdemokratischen Partei eine führende Rolle spielen, die [illegible] Stadträte, [illegible] oder sonstige Vertreter des arbeitenden Volkes in den Parlamenten sind. Und wenn er abends in der ihm als Wohnung eingeräumten Villa Rieterhof in Zürich sein Haupt zur Ruhe legt, wird er unter dem Schutze einer Kompagnie Genietruppen stehen, die von dem Hauptmann Dr. Enderli, sozialdemokratisches Mitglied des Stadtrates und des Kantonsrats, befehligt werden. Ferner wird der Kaiser auch Gelegenheit haben, zu hören, daß die für seinen Einzug durchgeführten, umfangreichen Absperrungen der Straßen, Kontrollierungen der Hotels und Ueberwachung aller „verdächtigen Elemente" usw. von einem Polizeiapparat vollzogen worden sind, an dessen Spitze der Sozialdemokrat Vogelsanger steht, der ihm auch persönlich seine Aufwartung zu machen hat. Beim Festmahle in Zürich und in Bern wird dem Kaiser die Parlamentsvertretung vorgestellt werden, und man wird ihm gestehen müssen, daß sämtliche sozialdemokratischen Vertreter dem Feste ferngeblieben sind, und daß auch die sozialdemokratischen Vertreter der Stadtregierungen in Bern und Zürich es abgelehnt haben, mit dem Kaiser zu speisen. Er wird also da wie dort nur mit den Vertretern der Minorität des Volkes zusammen sein. In Zürich wird er außerdem erfahren, daß die Veranstalter des Einzugs riesige Mühe hatten, die nötige Menge zur Spalierbildung in den Straßen zusammenzubringen; mußten doch sämtliche Schützen-, Turner-, Sänger- und andere Vereine, mußten doch sogar die Zünfte himmelhoch angefleht werden, sich zum Aufstellen an den Straßenrändern einzufinden. Viele haben es abgelehnt, diese Statistenrolle zu spielen. Die anderen aber schreien mit und — vermieten ihre Fenster und Balkone für 50 bis 150 Frank pro Platz an die Interessierten und diejenigen, die, obwohl sie in einer Demokratie leben, wer weiß was darum geben, einmal einen Kaiser zu sehen . . .

Deutschland.

Not des Volkes — Feststimmung im Hohenzollernschloß.

Wilhelm der Zweite ist zufrieden.

Der von seinem Schnupfen wieder hergestellte Kaiser hat die übliche Festtafel für die Provinz Brandenburg im Schlosse zu Berlin abgehalten. Er hat dabei, wie das auch üblich ist, wieder eine Rede gehalten, die freilich im scharfen Kontrast steht zu den tatsächlichen Verhältnissen und zu der Stimmung im Volke. Der Kaiser sagte:

„Meine Herren von der Provinz Brandenburg! Die großen Herbstübungen und Besichtigungen des Garde- und des 3. Armeekorps geben mir erwünschten Anlaß, die Vertreter der Provinz Brandenburg und der Reichshauptstadt wieder einmal um mich zu versammeln. Seien Sie, zugleich im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, herzlich begrüßt und willkommen geheißen in dem Schloß meiner Väter, auf dem Grund und Boden der ersten kurfürstlichen Hohenzollernburg.

Ich hoffe, Sie sind gern und leichten Herzens gekommen und nicht wie jene Abgeordneten der Mark zu Kaiser Sigismund mit begründeten Klagen und Bitten um durchgreifende Abhilfe. Denn ich meine, wir können mit den heutigen Verhältnissen trotz der Unvollkommenheiten, die nun einmal allem Irdischen anhaften, zufrieden sein. Vor feindlichem Uebermut und kriegerischen Ueberfällen durch ein schlagfertiges Heer und eine wachsende Flotte geschützt, kann in unserem geordneten Staatswesen der Landmann seinen Acker bestellen, der Kaufmann, Fabrikant und Handwerker seinem Geschäfte nachgehen und der Arbeiter seines wohlverdienten Lohnes gewiß sein; sie alle können sich die Früchte ihrer Arbeit und der Gaben unserer Kultur erfreuen . . ."

Wie malt sich in diesem Kopf die Welt! Man kann große Konzessionen an die Trinkspruchrethorik machen, man kann ein ziemliches Maß von Festtafel-Optimismus entschuldigen, aber in einem Augenblick, da in allen Gauen des Deutschen Reiches die Notschreie über die Fleisch- und Lebensmittelteuerung widerhallen, in einem solchen Augenblick von Zufriedenheit reden, das zeugt doch, daß der Kaiser sich in einer verblüffenden Unkenntnis der wahren Sachlage im Volke befindet. Das trifft insbesondere auch zu auf die an die „gefüllte Kompottschüssel" erinnernde Bemerkung über den Arbeiter, der sich seines wohlverdienten Lohnes gewiß sei: Anscheinend hat der Kaiser gar keine Ahnung davon, welch schwere Kämpfe es kostet, der Arbeiterschaft den wohlverdienten Lohn zu sichern.

Der Erfolg des Schnapsboykotts

wird den Sozialdemokraten wieder einmal von der bürgerlichen Presse bestätigt, und nicht nur das, es wird auch hervorgehoben, daß seine Folgen recht segensreich gewesen sind und man wünschen müsse, daß diese Bewegung weiter andauere. In den letzten acht Jahren vor der Verhängung des Boykotts hat sich der jährliche Alkoholverbrauch, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in Deutschland auf etwa 4,2 Liter reinen Alkohol oder 13 Liter Trinkbranntwein gehalten, und ist nur gelegentlich etwas gesunken, nämlich bis auf 3,7 Liter. Im Jahre 1910/11 dagegen, nach der Verhängung des Schnapsboykotts, sank der Verbrauch auf 2,8 Liter reinen Alkohols. In der Sozialen Praxis wird außerdem anerkennend hervorgehoben, daß das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen das „Einstandsfeiern" der Arbeiter in den Fabriken Front macht, um auch diese Gelegenheit zum unsinnigen Schnapsgenuß zu beseitigen. Und so schwer es der bürgerlichen Presse fällt, sie muß bei der Betrachtung der ganzen Frage weiter zugestehen, daß es im In- und Auslande nur die Sozialdemokraten sind, die dem Alkoholteufel zu Leibe gehen und für die kulturelle Hebung des Volkes wirken.

Fortschrittler gegen Kriegervereine.

Die Kriegervereine begnügen sich jetzt nicht mehr damit, lediglich den Kampf gegen Sozialdemokraten, Polen, Dänen und Welfen zu führen, sie haben auch den Fortschrittlern den Krieg erklärt. Das Hauptorgan der Fortschrittler in Hessen, die Wormser Volkszeitung, war von den hessischen Kriegervereinen in aller Form boykottiert worden. Die liberalen Blätter in Hessen drehen nun den Spieß um und fordern ihre Parteifreunde auf, aus den Kriegervereinen auszutreten. So schreibt die Wormser Volkszeitung:

„Unpolitische Militärvereine gibt es im Großherzogtum Hessen hinfort nicht mehr. Die Situation ist also geklärt. Unsere Parteifreunde in ganz Hessen werden die Konsequenzen ziehen und unsere Aufforderung alsbald in die Tat umsetzen: Heraus aus den fortschrittsfeindlichen Haßvereinen.'

Was heute den Fortschrittlern passierte, das kann gelegentlich auch einmal einer anderen bürgerlichen Partei widerfahren, wie es dem Zentrum schon widerfahren ist, und deshalb ist es eine zwingende Notwendigkeit, daß man im Reichstag bei den Wahlprüfungen jede Wahl für ungültig erklärt, die durch die Mitwirkung der Kriegervereine zustande gekommen ist. Das dürfte der einzige Weg sein, den Machtkitzel der Kriegervereine, die nachgerade eine Gefahr für freie politische Betätigung werden, etwas einzudämmen.

Amtsentsetzung des Pfarrers Traub.

Wie die Dortmunder Zeitung erfährt, fällte am 3. September der Oberkirchenrat das Urteil gegen Pfarrer Traub. Es lautet auf **Amtsentsetzung ohne Pension.** Dadurch wird Pfarrer Traub das Recht und die Befähigung abgesprochen, innerhalb der Grenzen des Königreichs Preußen ein geistliches Amt zu bekleiden. Die Gehaltszahlung an Pfarrer Traub ist mit dem 1. September eingestellt worden und die Kassen sind angewiesen worden, das für den Monat September im voraus gezahlte Gehalt zurückzufordern.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Das Damenwahlrecht. Aus Budapest wird der W. A. Z. geschrieben: Die hiesigen Feministen sind vom Ministerpräsidenten Lukacs entzückt; wird doch dieser Staatsmann, wie sie freudig verkünden, mit seiner Wahlreform ganz Europa übertrumpfen. Er hat nämlich einer Feministendeputation Versprechungen betreffend das Frauenwahlrecht gemacht. Daraufhin beeilte sich der Bund der Frauenvereine, Herrn Lukacs eine Denkschrift zu übermitteln, in welcher für folgende Kategorien weiblicher Personen, die das drei-

zigste Lebensjahr vollendet haben, das aktive und passive Wahlrecht verlangt wird:

1. Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen und graduierte Frauen;
2. leitende Mitglieder der sozialen Frauenvereine;
3. wirtschaftlich selbständige Frauen, ferner öffentliche oder Privatbeamtinnen, die mindestens vier Volksschul- oder vier Bürgerschulklassen absolviert haben;
4. jede Familienmutter, die mindestens vier Bürgerschulklassen oder die dementsprechenden Klassen einer anderen Unterrichtsanstalt besucht hat.

Jetzt erfährt der Az Cst, daß Herr Lukacs die Denkschrift beantwortet hat und allen Ernstes plant, den unter Punkt 1 bis 3 aufgezählten Frauen das Wahlrecht zu erteilen — den selbständig ein Gewerbe betreibenden Frauen bei einem gewissen Vermögenszensus — und den Wahlreformentwurf entsprechend zu ergänzen geneigt ist. Das wäre freilich kein Frauen-, sondern ein Damenwahlrecht, wobei es, wie bereits erwähnt wurde, darauf abgesehen ist, die Menge weiblicher Angestellten in staatlichen und städtischen Betrieben: Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonbeamtinnen, Lehrerinnen, Trafikantinnen usw., als vollständig abhängiges Stimmvieh zu gewinnen, was bei der Beibehaltung der öffentlichen Abstimmung — und dies ist ja der Hauptschlager zur Ausspielung der Wahlreform — nach den einschlägigen alteingelebten Praktiken gar nicht mißlingen kann. Das muß man wissen, um es gebührend zu würdigen, wenn Herr Lukacs der Welt einmal europäisch kommen sollte.

Balkanstaaten.

Die albanesische Aufstandsbewegung.

Uesküb, 7. September. In Prizrent und Umgebung ist die Anarchie vollständig. Die Offiziere sind ihres Lebens nicht mehr sicher, da die Albanesen beschlossen haben, ihre getöteten Anführer durch die Ermordung von zehn Offizieren zu rächen. Auch die Ueberlandpost ist vor Angriffen seitens der Albanesen nicht mehr geschützt. Die von Djakovitza kommende Post wurde überfallen und ihres Inhalts beraubt. Von den sie begleitenden Gendarmen wurde einer getötet, und zwei verwundet. Die Gendarmen weigerten sich, Posttransporte zu begleiten, da sie für ihr Leben fürchten.

Amerika.

Zum englisch-amerikanischen Panamastreit

wird englischerseits amtlich bekanntgegeben, daß die britische Regierung die formelle Forderung an die Vereinigten Staaten richten wird, den Streit über den Hay-Pauncefote-Vertrag und den Panamakanal einem Schiedsgericht zu übertragen. Die Vereinigten Staaten läßt das kalt, sie haben gar keine Eile. Der stellvertretende Staatssekretär Wilson erklärte, daß die britische Note betreffend den Panamakanal dem Staatsdepartement zugegangen sei. Die Note werde erst nach der Rückkehr des Staatssekretärs Knox im Oktober beantwortet werden. Knox ist nämlich inzwischen nach Japan abgereist, wo er den verstorbenen Mikado mit beisetzen helfen will.

Die drei Präsidentschaftskandidaten in Geldnot.

Neuyork, 3. September. Die drei für die Präsidentschaft in Frage kommenden Kandidaten Wilson, Taft und Roosevelt, befinden sich jetzt in der unangenehmen Lage, keine Mittel für den bevorstehenden Wahlkampf in ihren Händen zu haben. Die Korporationen, die sich bereit erklärt hatten, sie zu unterstützen, um als Aequivalent von der zukünftigen Regierung ihre Pläne durchzusetzen, konnten kaum das Geld aufbringen, dessen sie für ihre eigenen Zwecke benötigten. Die Kandidaten, welche sich nunmehr der Beihilfe der Trusts beraubt sehen, sind nunmehr ohne Geld. Die ihnen von den großen Gesellschaften vorgestreckten Summen waren stets beträchtlich und hatten ihnen den Wahlkampf sehr erleichtert. — Die Trusts warten wohl nur darauf, wer von den drei politischen Gaunern, den wirtschaftlichen Spitzbuben schließlich am meisten Handlangerdienste bietet. Dann werden die Goldschleusen geöffnet.

Danzig.

An Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu Danzig.

Nachstehend unterbreiten wir dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung eine von den Vorständen der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, einstimmig angenommene Resolution:

Die am 3. September 1912. Schüsseldamm Nr. 42, tagende Versammlung der Vorstände der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, richtet an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Danzig folgende Eingabe:

In allen Bevölkerungskreisen, besonders aber in den Schichten der arbeitenden Bevölkerung Danzigs wird, wie überall im Reiche, lebhafte Klage über die ungeheure Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel geführt. Die Fleischpreise sind auf eine noch nie erreichte Höhe gestiegen und bewegen sich noch immer in aufsteigender Richtung. Den meisten Familien ist es dadurch unmöglich gemacht, auch nur annähernd ihren Bedarf an Fleischnahrung decken zu können. Die Arbeiter sind auch außerstande, einen Ausgleich für die unausgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise, durch eine Steigerung des Lohnes, herbeizuführen. Der gegenwärtige Zustand ist daher unerträglich und zwingt die Arbeiter, bei den nächsten Tarifabschlüssen Lohnsteigerungen in dem Maße zu fordern, wie es durch die Lebensmitteleuerung bedingt ist. Wenn es deshalb dann zu scharfen wirtschaftlichen Kämpfen kommt, sind die Arbeiter nicht die Schuldigen, sondern das Gebot der Selbsterhaltung zwingt die Arbeiter zu solchen Maßnahmen.

Da der durch die Teuerung hervorgerufene Notstand durch das Nahen des Winters noch ganz besonders verschärft werden wird, ersucht die heutige Versammlung den Magistrat:

1. Eine Eingabe an den Bundesrat und den Reichstag zu richten, in der gefordert wird:
   a) schleunige Einberufung des Reichstages,
   b) Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch,
   c) Aufhebung oder mindestens Ermäßigung der Einfuhrzölle,
   d) Beseitigung der Einfuhrscheine.
2. Durch Errichtung eigener Lebensmittel-Verkaufsstellen, unter Ausscheidung des verteuernden Zwischenhandels, für die hauptsächlichsten Nahrungsmittel, wie Fleisch, Fische, Kartoffeln, Hülsenfrüchte und andere notwendige Lebensmittel, den Preisstand auf ein gesundes Maß zu regulieren.
3. Unter Zugrundelegung der Erfahrung anderer Städte die Einführung von gefrorenem ausländischem Fleisch in Erwägung zu ziehen; eventuell auch mit leistungsfähigen Viehzüchtereien über langfristige Verträge zwecks billiger Lieferungen in Verbindung zu treten.
4. Den gering entlohnten städtischen unteren Beamten und allen in städtischen Betrieben beschäftigten Handwerkern und Arbeitern eine Lohnerhöhung, mindestens aber eine Teuerungszulage zu gewähren.
5. Die Armenunterstützungen entsprechend den Teuerungsverhältnissen zu erhöhen.

Eine Begründung unserer Wünsche dürfen wir uns wohl versagen, da der augenblickliche Notstand allgemein anerkannt ist. Wir bitten nun, unverzüglich eine Stadtverordnetenversammlung einzuberufen und dieser unsere Eingabe sowie eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Danzig, den 7. September 1912.

Kartell der zentralorganisierten Gewerkschaften Danzigs.
Der Vorstand: Grünhagen.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt. Eug. Sellin.

Freisinniger Teuerungs-Humbug. Wiederholt haben wir die „volksfreundliche" Stellung der börsenfreisinnigen Danziger Zeitung und der gesinnungslosen Neuesten Nachrichten zur Teuerungsnot kritisieren müssen. Die Leiter beider Blätter sind Stadtverordnete, die in ihrem speziellen Kreise und beim Magistrat großen Einfluß besitzen. Beide haben jedoch nicht die sofort mögliche wirksame Hilfe durch die Stadt gefordert. Nach Berlin sagte man einige grimmig sein sollende Bemerkungen über die Regierungsweisheit, die das Volk hungern lasse. Zur Unterstützung dieser billigen Kritik tat man dann alles, um der hungernden Armut auch städtische Hilfe nicht zukommen zu lassen.

Darauf forderten wir vom Magistrat, daß er den ihm im September des vorigen Jahres zugegangenen Notstandsanträgen der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftskartells erneut näher trete. Damit haben wir und die immer näher rückenden Stadtverordnetenwahlen unsere Freisinnsfüchse endlich doch wieder aus dem Bau gelockt.

Am 5. September abends las man in der Danziger Zeitung, daß folgender revolutionäre Antrag an den Stadtverordnetenvorsteher gerichtet sei:

Die Unterzeichneten ersuchen den Magistrat, tunlichst bald Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, der in Danzig bestehenden Lebensmittel- und insbesondere der Fleischteuerung Einhalt zu tun.

Zu dem Zwecke wolle der Magistrat u. a. bei der Reichsregierung dahin vorstellig werden, daß von Rußland über Thorn wöchentlich zirka 300 Schweine in plombierten Wagen zur sofortigen Abschlachtung nach Danzig eingeführt werden dürfen.

Dr. Herrmann. Borschke. Glashagen. Heinrich.
Jasse. Königsmann. Nitz. Stahl.

Die Dürftigkeit dieses Antrages, die sich fast wie eine Verhöhnung des darbenden Volkes liest, scheint auch seinen Fabrikanten und mehr oder weniger freiwilligen Unterzeichnern bewußt gewesen zu sein, deshalb wurde ihm eine recht längliche Ausrede beigegeben. Nun weiß ja jeder, der auch nur ganz oberflächlich etwas von praktischer Freisinnspolitik kennt, daß diese einzig darin besteht, stets das Gegenteil von dem zu tun, was der edle Freisinn fordert. Trotzdem ist diese sogenannte Begründung eine Ueberraschung, der Antrag enthält sich nach ihr deshalb der Forderung auf Suspendierung der Zölle und Oeffnung der Grenzen usw., weil die Regierung das alles durch die Norddeutsche Allgemeine bereits kategorisch abgelehnt habe. Die Aufstellung dieser Forderungen würde also zu nichts führen! Dieser Grund ist genau so charakterfest, wie ehrlich, darnach wären also alle die Städte, die die Regierung drängen, ihre Pflicht zu tun, kindische Toren. Als ob nicht gerade der Widerstand aller Einsichtigen dazu notwendig wäre, um die das agrarische Interesse wahrende Regierung zu Maßnahmen zum Schutz gegen den brutalen Wucher zu zwingen. So wie die Begründung des Dr. Herrmann — der Danziger Zeitung — kann nur der reden, der das Volk darüber täuschen will, daß auch er ihm nicht helfen will! Andernfalls dürfte Dr. Herrmann ja auch nicht die Einfuhr der 300 Schweine fordern. Auch die frühere ähnliche Forderung des Magistrats hat die Regierung des Zollwuchers abgelehnt oder darauf gar keine Antwort gegeben.

Der wahre Grund, weshalb der freisinnige Antrag wirklich gegen die Teuerung schützende Forderungen, auch nicht an die Stadt, nicht stellt, ist der, das er dem Volke ernstlich gar nicht helfen will! Den Brotwucher hat der Danziger Börsenfreisinn stets nur ganz lendenlahm bekämpft. Die schlimmste Form und die Garantie der Wirkung des Brotzolles, die Ausfuhrprämien der Einfuhrscheine, hat gerade der Danziger Freisinn und an seiner Spitze der famose Dr. Herrmann zum Schutze des Profites der großen Börsenspekulanten mit Nägeln und Zähnen verteidigt! Wer aber diese schamlose Verschleuderung des Brotgetreides, die den deutschen Roggen als billiges russisches Schweinefutter verschleudert, um den deutschen Arbeiter hungern zu lassen, verteidigt, der betrügt das Volk, wenn er sich trotzdem den Anschein gibt, ihm helfen zu wollen.

Weil die freisinnigen Antragsteller im Interesse des Börsenwuchers die Erörterung über den Einfuhrschein-Skandal vermeiden möchten, deshalb „beschränken" sie sich auf die 300 Schweine. Der demagogische Trik ist noch deshalb so niederträchtig, weil selbst diese Schweinezufuhr eine Herabsetzung der Preise gar nicht garantieren würde. Das wäre nur dann möglich, wenn der Magistrat die Schweine oder einen erheblichen Teil in städtischer Regie kaufte, schlachtete und verkaufte. Das will der Kommunalfreisinn aber auch wieder nicht. Die Sicherung des privaten Profites ist sein höchstes Streben. Sein erster Führer Kommerzienrat Münsterberg, erklärte sich im Jahre 1905 ausdrücklich gegen einen städtischen Fleischverkauf, weil Fleisch eben nicht Gas oder Elektrizität sei. An Intelligenz hat es der Freisinn bei seiner politischen Roßtäuscherei also niemals fehlen lassen.

Dem hungernden Volke können aber solche Mätzchen nichts nützen. Es läßt sich durch solche Scheinanträge nicht mehr darüber täuschen, daß so nur Helfershelfer der Volksauswucherung handeln können. Deshalb dürfte sich Dr. Herrmann samt den ihn helfenden kommerzienrätlichen Arbeitervertretern auch in der agitatorischen Wirkung dieses Reklameantrages gründlich verrechnen.

Städtischer Teuerungsschutz.

Als im Herbst des vorigen Jahres die Vertretungen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft von der Stadt wirksame Hilfe gegen den Preiswucher forderten und dazu praktische Vorschläge machten, wurden diese von den kommunalen Blockbrüdern in einer geheimen Kommission begraben. Schließlich brachte dann der Magistrat einen Seefischverkauf fertig, der aber einem privaten Händler überlassen wurde. Dieser erhielt von der Stadt noch gewisse Vergünstigungen, obwohl er auf das Pfund Fisch bis zu 7 Pfennigen zum Einkaufspreis aufschlagen durfte. Im Bericht des Magistrats wird einiges Aufheben davon gemacht, daß der Fischkauf der Stadt 606,50 Mk. gekostet hat. Imponieren kann der geringe Betrag ganz und gar nicht. Wenn man aber dem Händler Müller den hohen Preisaufschlag ließ, dann hätte er sehr wohl auch die Ausgaben bestreiten können, die die Stadt gemacht hat. Oder aber noch richtiger: die Stadt hätte selbst den Fischverkauf übernehmen und sowohl die Einnahme wie die Ausgabe tragen sollen. Dann hätte sich sicher ein mäßiger Preis erzielen lassen. Auf dem vom Magistrat beliebten Wege sind die Ausgaben, die er aufwendete, nichts als eine Subvention für den Händler geworden! 158,75 Mk. zahlte die Stadt für Plakate und Anschlag; 20 Mk. für die Aufschrift am Hause des Händlers. 300 Mk. nahm der Vaterländische Frauenverein für den Unterricht in den Kochkursen, obwohl er stattliche Beträge vom vorjährigen Margueritentage erhalten hatte. Ähnlich waren auch die übrigen Ausgaben. Den notleidenden Bürgern ist davon nichts zugeflossen. Trotzdem hatte man im Rathause Furcht, den privaten Profit zu schädigen. Man bekam es fertig, die eine Verkaufsstelle in Langfuhr und die andere in der Hintergasse zu verstecken. War der Verkauf nicht stark, so konnte man eben in der Folge nachweisen, daß ein Bedürfnis für städtische Maßnahmen gar nicht vorhanden sei.

So versteht man auch die jetzige Untätigkeit des Magistrats. Er soll aber doch den Willen haben, dem Nordseefischverkauf nach einiger Zeit, wenn kühleres Wetter ist, wieder näher zu treten. Andere Städte, so Berlin usw., haben den Verkauf schon längst wieder übernommen.

So wenig der Verkauf der Nordseefische allein auch nützt, so möchten wir doch wünschen, daß sich der Magistrat damit wenigstens beeilt. Vor allem dürfen die Verkaufsstellen nicht wieder so versteckt werden. Nach Schidlitz, auf Niederstadt, in die Altstadt gehört je eine hin, ohne daß deshalb die bisher damit versehenen Stadtgegenden keine erhalten.

Darüber hinaus können die Arbeiter Danzigs aber mit Recht fordern, daß man sie von der Stadt nicht mit den Nordseefischen abspeist, sondern die sehr wohl durchführbaren Anträge der Arbeiterschaft ausführt, die den notwendigen Schutz gegen den Lebensmittelwucher gewähren. Damit würde die Stadtverwaltung erst beweisen, daß sie das Allgemeinwohl fördern will.

Schwarzer Terrorismus.

Die schwarze Terrorismushetze wird immer widerwärtiger betrieben. Mit Hilfe der Streikjustiz im Ruhrrevier haben die Streikbruch-Christen an so manchem Unglücklichen ihr Mütchen gekühlt, der ihnen unbequem war. Die Methode der Denunziation bei der Staatsanwaltschaft wird immer mehr ein Agitationsmittel der sattsam bekannten zentrumschristlichen Nächstenliebe.

Wir stellten ganz unlängst fest, daß die Erbpächter christlicher Toleranz in der Baltischen Zuckerraffinerie in Neufahrwasser mehrere Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes der Arbeit beraubten, weil sie dem schwarzen Verband des berühmten Herrn Krause nicht beitraten. Das ist natürlich kein Terrorismus. Die Verbandsleitung machte den Zentrumsagitator Evert, den Kollegen des Krause, auf diese schwarze Tat aufmerksam, der besonders zwei Familienväter mit elf Kindern zum Opfer gefallen waren. Weder Krause noch Evert hielten es für nötig, sich darauf zu äußern.

Bald nach unserer Veröffentlichung ging der Verbandsleitung ein der einfachsten Höflichkeit entbehrendes, inhaltlich wie stilistisch usw. gleich interessantes Schreiben eines Johann Krause zu. Dadurch fragte dieser anscheinend, ob der Verband es billige, daß seine Mitglieder auf einem bestimmten Schiff mit Zentrumschristen nicht zusammen arbeiten wollten. Dem Fragesteller wurde die genügend deutliche Antwort, daß er sich erst einmal über den zweifellosen christlichen Terror in der Zuckerraffinerie äußern möchte, ehe er solche Wünsche habe. Darauf schwieg der Zentrumsagitator und Stadtverordnete weiter.

Am 1. September sprach er und sein Freund Evert aber in Neufahrwasser darüber, ob Terrorismus kulturfördernd sei? Er, Krause, nannte dabei in schöner Selbsterkenntnis gewalttätiges Vorgehen gegen Andersdenkende teuflisch. Zugleich teilte er mit, daß er mehrere freiorganisierte Arbeiter bei der Staatsanwaltschaft denunziert habe, weil sie auf dem Dampfer Oberpräsident Delbrück am 27. August mit Christlichen nicht zusammen arbeiteten. Das Verfahren, das Krause als teuflisch bezeichnete, ist sogar die Grundlage der zentrumschristlichen Organisation im Danziger Hafen. Zum Dank für die Vernichtung des drei Jahre vorhanden gewesenen Tarifes sperrten die liberalen Reeder im Jahre 1903 zu gunsten der christlichen Streikbrecher die freiorganisierten Hafenarbeiter von der Arbeit aus. So „siegte" das Gewerkschaftschristentum mit Hilfe der kapitalistischen Hungerknute. Überall, wo die Christen dominieren, ist noch jetzt für ehrliche organisierte Arbeiter kein Bleiben. Die frühere Machtstellung haben die Schwarzen durch die steigende Einsicht der Arbeiterschaft mehr und mehr eingebüßt. Deshalb soll ihnen der Staatsanwalt und das Gefängnis helfen. Die organisierte Arbeiterschaft hat aber die unbedingte Pflicht, so strenge Disziplin zu üben, daß dem christlichen Denunziations-Terrorismus niemand zum Opfer fällt. So sehr wir die Erbitterung der Arbeiter über das heuchlerische Treiben der Schwarzen verstehen können, so müssen wir doch im Interesse der einzelnen Organisation wie unserer Gesamtbewegung fordern, daß jeder Gewerkschaftler sich unbedingt zu beherrschen versteht. Es würde ja auch nichts Törichteres geben als der Versuch, jemand auf einem anderen Wege als durch Aufklärung und Belehrung in unsere Reihen führen zu wollen. Nur mit diesen Mitteln können wir die bis jetzt noch christlich Organisierten für uns gewinnen und so dem schwarzen Treiben ein Ende machen.

Fleischteuerung. Mit dem dauernden Steigen der Fleischpreise beschäftigt sich auch der Magistrat unserer Stadt eingehend. Er beabsichtigt nicht nur, wieder einen Seefischverkauf einzurichten, sobald etwas gleichmäßigeres kühleres Wetter eintritt, sondern hat auch eine Kommission zur Beratung darüber eingesetzt, welche Maßnahmen seitens der Stadt sonst noch getroffen werden können, um den Druck der Teuerung abzuschwächen.

Bericht des Arbeitersekretariats für den Monat August 1912. Die Zahl der Auskunftsuchenden betrug 423 (501) im Vormonat. Gewerkschaftlich organisiert waren 133 (134), nur politischen Vereinen gehörten an 23 (27), gewerkschaftlich und politisch organisiert waren 58 (78), organisationsunfähig waren 35 (34), unorganisiert waren 174 (198). Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 432 (538), Schriftsätze wurden 109 (133) angefertigt, Leser der Volkswacht waren 119 (155) Personen.

Berichtigung.

Der Druckfehlerteufel hat uns in der letzten Nummer wieder einmal arg mitgespielt. In dem Leitartikel „Gegen Junker und Pfaffen" muß es auf der ersten Seite, dritte Spalte, zweite Zeile von oben nicht Junker von Wernigerode, sondern **Minnigerode** heißen. Auf der zweiten Seite, erste Spalte, vierte Zeile statt drei feisten, **dreisten Gesellen**; dieselbe Spalte, zweiter Absatz, erste Zeile nicht die Massen, sondern **diese Klassen**.

Vereinskalender.

Achtung! Konsumvereins-Versammlungen!

Infolge eines Versehens ist der Beginn der Versammlungen, in denen Herr Vieth-Hamburg spricht, in der Bekanntmachung nicht angegeben. Sämtliche vier Versammlungen beginnen um 8 Uhr abends.

Grosser Wäsche-Verkauf

Mehrere tausend Stück Damen-Wäsche

welche wir auf unserer persönlichen Einkaufsreise aussergewöhnlich billig erstanden haben, kommen vom Erscheinen des Inserates ab auf Extra-Tischen im Lichthofe zum Verkauf.

Beachten Sie das Spezialfenster!

Damen-Hemden
Damen-Nachtjacken
Damen-Beinkleider
Weiße Damen-Röcke
durchweg Stück **1.45**

Damen-Hemden
Damen-Nachtjacken
Damen-Beinkleider
Weiße Damen-Röcke
durchweg Stück **1.95**

Damen-Hemden
Damen-Nachtjacken
Damen-Beinkleider
Weiße Damen-Röcke
durchweg Stück **2.45**

Ein Gelegenheitsposten
Directoire-Korsette
Frack-Façon, aus grau Drell u. gestreiftem Köper-Satin
Regulärer Preis bedeutend höher.
1.95

Ein Restposten
Weiße Zierschürzen
mit Trägern, Falten-Volant, reich mit Stickerei verziert
1.25

Gewaltig sind die Vorteile, welche wir mit diesem Angebot bieten. Zum Verkauf kommen Teile, welche nicht nur ungewöhnlich niedrig im Preise, sondern auch ganz hervorragend in Qualität und Machart sind.

Besonders preiswert!
Ein Gelegenheitsposten
Directoire-Röcke **3.95**
aus feinem Waschbatist, reich mit imit. Klöppeleinsatzen garniert . . . Stück

Gebr. Freymann
G. m. b. H. · Danzig · Kohlenmarkt 27-29.

Wintergarten

Direktion Julius Hätt.

„Weinreiss"
in
„Die gelbe Gefahr"
„Lamm und Löwe"
Lachen, nichts als Lachen.
Anfang 8 Uhr
Sonnabend, den 14. September:
Ehren- und Abschiedsabend für Joseph Weinreiss.
Wertbillette haben ab heute alle Tage Gültigkeit.

Schirm-Reparaturen
sauber, schnell und billig
Schirmfabrik
E. & B. Schlachter,
Heilige Geistgasse 141,
2. Haus am Holzmarkt.

Filialexpedient für Graudenz gesucht.
Für unsere Filiale in Graudenz haben wir einen mit dem Abonnements- und Inseratenwesen vertrauten Expedienten. Meldungen erbitten **Roland, Conditerstr. 5.**
Expedition der Volkswacht
Danzig.

Junger Mann sucht anst. Logis m. Beköstigung, am liebst. eig. Stübchen in Schidlitz. Offerten unter A. 100 an die Exp. der Volkswacht.

Gutgehendes Kolonialwarengeschäft krankheitshalb. billig zu verk. Offerten unt. 112 dieser Zeitung.

Bettst., Matratze, Sofa 9 M, Stühle, 1 Vertiko, Schlafbank, Nähmaschine 15 M, Spiegel, Heiligegeistg. 12, II

Elbing.
Billig und gut
ist Uhrmacher
Tischmann
Spezialwerkstatt.

Wohnung, 2 Stuben, Küche und Boden zum 1. 10. 12. zu vermieten. Bartholomäi-Kirchengasse 13.

Vorzüglichen, garantiert reinen
– Schnupftabak –
empfiehlt
Eug. Seilin, Schüsseldamm 56.

Friseur M. Fröhlke Mattenbuden 29.

Friseur Paul Wächter Gr. Berggasse 23.

Empfehle meine
Schuhmacher-Reparatur-Werkstatt
Georg Krüger, Schidlitz Unterstr. 3.

Allgemeiner Arbeiterverein, Elbing.

Sonnabend, den 14. Sept., abends 8 Uhr im Vereinsgarten

Zweites Sommerfest

Für interessante Belustigung ist gesorgt.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich einmal

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte
S. Maltenfort ELBING, Alter Markt 5 · Möbel und Konfektion

Alkoholfreie Getränke
Trinkt **Brandung**
vorzügl. Kohlensäure-Getränk.
Chr. Schatz Ohra Teleph. 88.

Badeanstalten
Deutsches Bad Elbing
Moderne sämtliche Kassen
Dauerbad 10 Pfg., Wannenbad 25 Pfg
Tag und Nacht geöffnet.

Bäckereien
Aug. Kahake Schmied. Gerbergasse 46

Beerdigungsanstalten
H. Herder
Elbing, Wilhelmstr. 8

Berufskleidung
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Bettfedern und Betten
Hygien. Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt
Langgasse 3
Neue Betten, Bettfedern, Daunendecken

Bierbrauereien
Danziger Akt.-Bierbrauerei
Jahresumsatz ca. 100000 hl.

Bierhandlung
Bierverkaufsstelle E. Kohlz
Graben, Ostseite, 1-3.
Adler vorm. Jungen & Lilienthal, Aktien-Gesellschaft, **Bahnhof**
A. Kaschewski, Schüsseldamm 4.
Bierverkaufsstelle C. H.
Carl Preuss, Graudenz
Fernsprecher 20 Telegramm-Adr. 21.

Blumenhandlung
R. Hill, Dresden, Oberwerkstr. 14.

Brotfabriken
Danziger Brotfabrik G. m. b. H.
Filialen in allen Stadtteilen.

Brüten, Backen, Pinsel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Cigarrenhandlungen
F. Rosnowski Schidlitzgasse 12 Ecke Gr. Mühlengasse
A. Holz Nachf. Schmiedegasse 19.
J. Noetzel Paradiesgasse 32
empfiehlt Zigarren-Spezialmarken.
William Gräber nur Kartoffelmarkt 22.
Max Krause, Danzig
am Hauptbahnhof
empfiehlt seine Spezialmarken

Corsetts und Schürzen
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Damenhüte u. Modewaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Dampfwäsche
A. Silberstein
Dampfwäscherei
„Der goldene Adler"
Danzig, Fischmarkt 43-45.
F. Berger Fischmarkt
Oscar Schätzmann Distrikt Langfuhr

Drogen und Farben
Franke-Drogerie, Hundegasse 101, artikel u. Wäsche und Krankenpflege.
Franz Bogert Schüsseldamm 41. Farben und Pinsel.

Fahrräder, Nähmaschinen
Erstes Fahrrad-Leihhaus Inh. G. Fischer
Altst. Graben 81. Eig. Reparaturwerkst.
A. Rich, Breitgasse 125.
Ernst Böhl, Breitgasse 71.
Max Pentzlin, Hundegasse 31, 7, 8
Nähmaschinen D. R. P.
Waffenrechte, Reparaturen.
Chr. Herzog Elbing, Alter Markt 38.
L. Bertens, Elbing, Schichaustr. 9.
Oscar Sagel Elbing, Inh. Sagel, 21.
Reparaturwerkstätten, Zubehörteile.

Galanterie u. Lederwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Gelegenheitskäufe
Häkergasse 10
Herrengarderobe, Schuhwaren.

Herrengarderobe
S. Lazarus Langfuhr Hauptstr. 21
Arbeiterbekleidung
Maßanfertigung
Herrenartikel
Herm. Goldbeck Arbeiter-Kaufhaus
Herren- und Knaben-Bekleidung
Schwersenz Langfuhr, Hauptstr. 45.
Arbeiterbekleidung
Alb. Makske Elbing, Alter Markt 55
Herrenartikel und Arbeiterbekleidung
Otto Daberkow
Marienwerder, Markt 19
Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel
Spezialität: Berufskleidung
Herz Langgasse 2
Herrenartikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.
Schmiedegasse 7

Kaffee, Tee, Kakao
Wilhelm Ebner
Telephon 664
Langgasse 2
Langfuhr, Hauptstr. 117
Zech's Kaffee
ist der Beste
Elbing
Niederlagen in allen Stadtteilen.
Paul Nachtigal, Elbing
Kaffee-Groß-Rösterei
Inh. Ernst Bass
Kaffee, Kaffeebohnen, Schokoladen

Kaufhäuser
Pariserwaren-Einzelpreisstände
Junkergasse 1
III. Damm 7-9

Johannes Schamp
Elbing, Fischerstr. 43/44
Geschäftshaus für Herren-, Damen u. Kinderbekleidung
Arbeiter-Garderoben
Nähmaschinen und Fahrräder
Eigene Fabrikmarken
Sally Bieber Stadtgebiet 46
Manufaktur-, Kurz- und Schnittwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kino
Müllers Lichtspiele
Graudenz
Kaiserstraße 63
Hochaktuelle Programme

Kohlen, Holz, Briketts
G. Eilert Langfuhr, Hauptstraße 13
Kohlen, Holz, Briketts

Kolonial- und Fettwaren
Schidlitz, Unterstr. 18.
Rich. Folchert
Kayon-Seife zu haben
Schidlitz, Karthäusersl. 90.
Otto Foth Schidlitz, Unterstr. 4 Ecke Weide.
Franz Krzeminski
Danzig-Emaus 27
Kaffeehaus Lebensmittel Weinhandlung
J. Lemke, Schidlitz, Unterstr. 34.
Fr. Rauter, Schidlitz, Oberstr. 34.
J. Reitschke, Schidlitz, Neue Sorge 7
Otto Salewski Schidlitz, Karthäuserstr. 65.
Alex Schalke, Fischmarkt 45
C. F. Schimanowski vorm. Franz Schüssel-damm 21.
Kolonialwaren und Schlachtwaren
Rob. Schulz Karthäuserstr. 107.
A. Seifke, Schidlitz, Unterstr. 13.
Hans Sieloff, Schidlitz, Weinbergerweg 27
E. Wodtke, Schidlitz 24.
Otto Runkel
Elbinger Kaffeegroßrösterei, Spezialhaus

Korbwaren, Kinderwagen
Korbwarenhaus
Otto Mews Elbing, Fischerstr. 38.

Molereien
Rob. Kobusch, Schichaugasse 18.
Jul. Schnell, Schüsseldamm 45.

Möbelmagazine
Arthur Schulz
Danzig III, Damm Nr. 1
Billigste Bezugsquelle für Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen

Molkereien
Friedr. Dohm
Produkte in bekannter Güte
Niederlagen in allen Stadtteilen

Musikinstr., Grammophone
Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundeg. 33
Gute und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht.
Zubehör u. Reparaturen enorm billig
Harmophon Musik-Haus
Hundegasse 13
Alleinverkauf der Harmophon-Fabrikate
Paul Jäschke
Hundegasse 113
Teleph. Nr. 1957

Papier- und Schreibwaren
G. W. Petersen
Elbing, Alter Markt 35
Schul- u. Büro-Artikel.

Sargmagazine
H. Kanthack Inh. A. Jacobi
III. Damm Nr. 11, Danzig.

Schirme, Stöcke, Mützen
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Schneiderei-Artikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Schuhwaren
L. Michaelis
III. Damm Nr. 6
Heiligegeistgasse 38
Arbeitsstiefel u. moderne Schuhwaren reell und billig. Reparaturwerkstatt im Hause.

Großes Schuhwarenlager Inh. Fortier Reparaturwerkst.
Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus
Arbeiter erhalten Extrarabatt.
Schuhwarenhaus Tuchler
Holzmarkt 19
Unerreicht billige Preise
A. Krieg Neufahrwasser Olivaerstr. 87
Reparaturwerkstätte.
Geschw. Salinger
Elbing, Alter Markt 27

Seifen u. Toilettenartikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Spielwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Sprechmaschinen u. Platten
J. Boguttsch
Heilige Geistgasse 1
A. Hela, Breitgasse 111.
L. Bertens, Elbing, Schichaustr. 9

Trikotagen, Wollwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Uhren und Goldwaren
Karczewski, Junkergasse 6.
S. Lewy Nachfl.
Uhrmacher u. Juwelier
nur Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedeg.
Joh. Teske, Schüsseldamm 15.
R. Schwartz Altst. Graben 81
Reparaturen gut und billig
Wilh. Link
Uhrmachermeister
Elbing, Fischerstr. 36
Eigene Fabrikmarken
J. Moeck Elbing, Alter Markt 46.
Uhren, Ketten, Ringe.
Paul Mulack Elbing, Alter Markt 4.
Max Schwarz, Elbing, Wasserstr. 15.

Wäsche, Weiß- u. Wollwar.
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lavendelgasse 4.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 74. | Danzig, den 11. September 1912. | 3. Jahrgang.

Danzig.

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Zum Chemnitzer Parteitag nahm die am 5. September abgehaltene Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stellung. Leider ließ der Besuch, trotz der wichtigen Tagesordnung, zu wünschen übrig.

Genosse Gehl gab eine Übersicht über die hauptsächlichsten in Anträgen vorliegenden Wünsche der Genossen an den Parteitag. Der von Leipzig vorgeschlagenen alljährlichen Neueinteilung der Delegierten auf Grund der Mitgliederzahl bei höchstens 400 Parteitagsvertretern stimmte er wegen der Benachteiligung der kleinen Wahlkreise nicht zu. Der Beschluß von Nürnberg, der die Genossen, die am 1. Mai feiern und trotzdem Lohn erhalten, zur Abführung desselben an den Maifonds verpflichtet, habe manche Widersprüche, besonders in Konsumvereinen und Parteidruckereien gefunden. Der unerfreulichen Konsequenzen halber empfehle sich seine Aufhebung. Das Verlangen, daß die Partei eine mehr gegen die Religion gerichtete Stellung nehme, entbehre der Berechtigung.

Die Sonderkonferenzen, die von Revisionisten eingeführt wurden, seien schädlich. Wenn solche Zusammenkünfte Beschlüsse fassen und sie dann in der Presse und Versammlungen durchführen, so würde das schließlich zur Desorganisation führen. Die Absonderung sei deshalb abzulehnen. Der Dämpfung bei dem Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen habe der Parteivorstand nicht mit Freuden zugestimmt. Einen Schaden hätten wir davon nicht gehabt, wenn auch die Freisinnigen sich in Danzig-Land nicht freisinnig gezeigt hätten. Ablehnen könne man das Stichwahlabkommen nicht.

In der Debatte wünschte Genosse Roggenbuck, daß die Partei mehr die Schädlichkeit der Religion betone. Genosse Bartel lehnt die Dämpfung beim Stichwahlabkommen, das an sich durch die politische Situation gerechtfertigt war, ab. So weit dürfe der Vorstand nicht gehen. Eine andere Stellung der Partei zur Religion sei unmöglich. Gegen den Mißbrauch der Religion zur Knechtung und Verdummung des Volkes habe die Partei stets mit dem gebotenen Nachdruck Stellung genommen. Eine religiöse Propagandagesellschaft könne sie aber nicht werden. Das Verbot der Sonderkonferenzen sei praktisch garnicht durchführbar. Es würde nur häufig zu unangenehmen Anfeindungen führen.

Genosse Malskies empfahl einen Antrag, der die verstärkte Durchführung des Schnapsboykotts verlangt.

Genosse Gehl erklärte im Schlußwort, daß auch er ein generelles Verbot der Sonderkonferenzen nicht empfehle, wohl aber eine Mahnung an die Beteiligten, Maß zu halten, für angebracht halte. Ein Maulkorb solle niemand umgelegt werden. In der Dämpfungsfrage sei das Verhalten des Parteivorstandes doch gerechtfertigter, als es scheine. Ob er heute noch Freude an seinem Kinde habe, sei fraglich. In Zukunft dürfte die Dämpfung vielleicht nicht wiederkehren. Der Antrag Malskies wurde angenommen und Genosse Gehl zum Delegierten gewählt.

Die Beschlußfassung über einen Zuschuß für das Arbeitersekretariat wurde vertagt. Beschlossen wurde dann zur Maifrage, daß jeder Genosse zur Entnahme einer Maimarke verpflichtet ist, deren Höhe von der Parteiorganisation mit dem Kartell bestimmt werden soll. Wer die Marke von der Gewerkschaft nimmt, hat eine zweite von der Partei nicht mehr zu nehmen.

Im Verschiedenen wurde die nicht zu frühe Bekanntgabe der Versammlungen gewünscht und auf die Arbeit zur Stadtverordnetenwahl aufmerksam gemacht.

Protest gegen die Teuerung.

Im Bürgergarten zu Schidlitz sprach vor zirka 1000 Personen, darunter vielen Frauen, Genosse Marckwald-Königsberg. Er wies eingehend die unerhörte Preissteigerung sämtlicher Lebensmittel, besonders aber des Fleisches, nach, die durch die Zollpolitik in erster Linie verursacht ist. Das System der Einfuhrscheine, die Krone der künstlichen Lebensmittelverteuerung, will aber der Danziger Freisinn, der wohl gegen die brotverteuernden Junker schreit, nicht abschaffen, weil die großen Getreidehändler daran interessiert sind. Für deren Beibehaltung hat sich auch Danzigs Reichstagsabgeordneter Weinhausen erklärt. Der Redner forderte die Oeffnung der Grenzen und die Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel. Von den Gemeinden fordern wir die Beschaffung billiger Lebensmittel.

Dem beifällig aufgenommenen Vortrage schloß sich eine kurze Diskussion an. Die bekannte Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Nachdem auch der Vorsitzende, Genosse Spill, auf die bevorstehende Stadtverordnetenwahl, wo die erste Abrechnung mit den hiesigen volksfeindlichen Parteien des gesamten Mischmaschs erfolgen müsse, wie auf die Notwendigkeit der Schaffung eines preisregulierend wirkenden Konsumvereins hingewiesen, erfolgte mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie der Schluß der Versammlung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am Sonnabend, den 31. August und Sonntag, den 1. September tagte in Danzig, im Lokale Maurerherberge die Gaukonferenz des Gaues 5.

Anwesend waren 20 Delegierte, 1 Vertreter der Agitationskommission, der Verbandsvorsitzende und 3 Mitglieder des Gauvorstandes.

Gauleiter Wollermann erstattete den Geschäftsbericht, welcher sich auf die Arbeiten, Lohnbewegungen und Entwickelung der Organisation im Gau bezog. Die Berichtszeit erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912. Recht erfreuliche Fortschritte sind in der Mitgliederzunahme und inbezug auf Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 2166 auf 4886. Es ist das eine Zunahme von 2720 Mitgliedern. Versammlungen, Sitzungen usw., in welcher der Gauvorsitzende tätig war, haben 775 stattgefunden, davon mit Lohnbewegung in Verbindung stehende Versammlungen 132. Vermittelungen bei Lohnbewegungen und Differenzen sind 89 erfolgt. Weiter sind vom Gauvorstand für 245 Versammlungen Referenten besorgt, so daß insgesamt 1020 Veranstaltungen zur Erledigung gekommen.

Lohnbewegungen und Streiks sind in 58 Betrieben mit 3984 Beteiligten geführt worden. Die Mehrzahl der geführten Bewegungen sind für die Kollegen mit Erfolg beendet. In 39 Betrieben ließen es die Unternehmer auf Streiks ankommen, wogegen 15 Unternehmer resp. Fabrikdirektoren gewillt waren, auf dem Wege der friedlichen Verhandlung den Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen. Die Streiks sind in 31 Betrieben für die Arbeiter mit Erfolg beendet. In 8 Kämpfen mußte ohne Erfolg der Abbruch des Kampfes beschlossen werden; wovon ein Teil jedoch noch indirekte Erfolge aufzuweisen hat. Lohntarife gelangten zum Abschluß 36 und verteilen sich dieselben auf folgende Betriebsarten: Zellstoff-Fabrik 1, Chemische Fabrik 1, Imprägnierwerke 2, Tonwerke und Ziegeleien 14, Mörtelwerk 1, Seifenfabrik 1, Preßhefefabrik 1, Schneidemühlen 15. Die erreichten Lohnzulagen halten sich in der Höhe von 2 bis 7 Pfennige pro Stunde, und sind in den Tarifen mit längerer Gültigkeitsdauer jährliche Lohnsteigerungen vorgesehen.

Der Bericht zeitigte für alle Konferenzteilnehmer eine eifrige Diskussion und dürfte diese zum Nutzen für die weiteren Arbeiten verlaufen sein. Dem Vorstand wurde gegen 3 Stimmen empfohlen, den Sitz des Gauvorstandes von Bromberg nach Danzig zu verlegen.

Verbandsvorsitzender Brey, Hannover hielt einen Vortrag über Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen, welcher mit besonderer Aufmerksamkeit von den Delegierten verfolgt wurde. Der Vortrag wurde zur Belehrung und instruktiv gehalten.

Kollege Hartwig, Königsberg erstattete den Bericht vom Verbandstag in Dresden und erläuterte die Beschlüsse der Verbandstages.

Nachdem noch mehrere Anträge durchberaten und erledigt wurden, war die Tagesordnung erschöpft. Kollege Wollermann ersuchte die Delegierten, in der Zukunft so zu arbeiten wie in der Vergangenheit, dann werden wir nach 2 Jahren wiederum über Erfolge in gleicher Höhe zu berichten haben. Zum Schluß stimmen alle Anwesenden mit Begeisterung in ein Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Billiger Möbel-Verkauf
gegen bar, auf Kredit
Kleiderschränke 29 M
Vertikos . . 28 M
Küchenschränke 21 M
Tische . . . . . 8 M
Stühle . . 2,95 M
Bettstellen . 18 M
Matratzen . 25 M
Sofas . . . . 42 M
Chaiselongues 26 M
Garnituren 98—185 M
Sofatische, pol. 15 M
Schreibtische 48 M
Bücherschränke 49 M
Kompl. Küchen 45 M
Kompl. Schlafzimmer . 185 M
Kleinste An- und Abzahlung.
Herren- u. Knaben-Anzüge, Paletots, Damen-Garderobe
M. Blumenreich N.
Danzig
16 Breitgasse 16

Central-Theater
Elbings grösster u. schönster Kino
Nur Brückstrasse 15.
Neues Programm!
Darunter
ein Hauptschlager
und herrliche Dramen
sowie Humoresken.
Jedes Bild ein Schlager!
Die Direktion.

Arbeiter! Parteigenossen!
berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten der Volkswacht.

Friseur Arthur Schulz Hakelwerk 1—2.

Schillers Heines Werke
3 Bände zu 4 Mark
sind wieder eingetroffen
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse Nr. 32.

Arbeiter! meidet den Schnaps!

Aus dem Leben eines Taugenichts.

Novelle von Joseph Freiherrn von Eichendorff.

17. Darauf kramte er eifrig in seinem Schubsack und zog endlich unter allerlei Plunder eine alte zerfetzte Landkarte hervor, worauf noch der Kaiser in vollem Ornate zu sehen war, den Szepter in der rechten, den Reichsapfel in der linken Hand. Er breitete sie auf dem Boden behutsam auseinader, die andern rückten näher heran, und sie beratschlagten nun zusammen, was sie für eine Marschroute nehmen sollten.

„Die Vakanz geht bald zu Ende," sagte der eine, „wir müssen uns gleich von Linz links abwenden, so kommen wir noch bei guter Zeit nach Prag." — „Nun wahrhaftig!" rief der Waldhornist, „wem willst du da was vorpfeifen? nichts als Wälder und Kohlenbauern, kein geläuterter Kunstgeschmack, keine vernünftige freie Station!" — „O Narrenspossen!" erwiderte der andere, die Bauern sind mir gerade die Liebsten, die wissen am besten, wo einen der Schuh drückt, und nehmen's nicht so genau, wenn man manchmal eine falsche Note bläst." — „Das macht, du hast kein point d'honneur," versetzte der Waldhornist, „odi profanum vulgus et arceo, sagt der Lateiner." — „Nun, Kirchen aber muß es auf der Tour doch geben," meinte der dritte, „so kehren wir bei den Herrn Pfarrern ein." — „Gehorsamster Diener!" sagte der Waldhornist, „die geben kleines Geld und große Sermone, daß wir nicht so unnütz in der Welt herumschweifen, sondern uns besser auf die Wissenschaften applizieren sollen, besonders wenn sie in mir den künftigen Herrn Konfrater wittern. Nein, nein, Clericus clericum non decimat. Aber was gibt es denn da überhaupt für große Not? die Herren Professoren sitzen auch noch im Karlsbade und halten selbst den Tag nicht so genau ein." — „Ja, distinguendum est inter et inter," erwiderte der andere, „quod licet Jovi, non licet bovi!"

Ich aber merkte nun, daß es Prager Studenten waren und bekam einen ordentlichen Respekt vor ihnen, besonders da ihnen das Latein nur so wie Wasser vom Munde floß. — „Ist der Herr auch ein Studierter?" fragte mich darauf der Waldhornist. Ich erwiderte bescheiden, daß ich immer besondere Lust zum Studieren, aber kein Geld gehabt hätte. — „Das tut gar nichts," rief der Waldhornist, „wir haben auch weder Geld noch reiche Freundschaft. Aber ein gescheiter Kopf muß sich zu helfen wissen. Aurora musis amica, das heißt zu deutsch: mit vielem Frühstücken sollst du dir nicht die Zeit verderben. Aber wenn dann die Mittagsglocken von Turm zu Turm und von Berg zu Berg über die Stadt gehen, und nun die Schüler auf einmal mit großem Geschrei aus dem alten finstern Kollegium herausbrechen und im Sonnenschein durch die Gassen schwärmen — da begeben wir uns bei den Kapuzinern zum Pater Küchenmeister und finden unsern gedeckten Tisch, und ist er auch nicht gedeckt, so steht doch für jeden ein voller Topf darauf, da fragen wir nicht viel darnach und essen und perfektionieren uns dabei noch im Lateinischsprechen. Sieht der Herr, so studieren wir von einem Tage zum andern fort. Und wenn dann endlich die Vakanz kommt, und die andern fahren und reiten zu ihren Eltern fort, da wandern wir mit unsern Instrumenten unterm Mantel durch die Gassen zum Tore hinaus, und die ganze Welt steht uns offen."

Ich weiß nicht — wie er so erzählte — ging es mir recht durchs Herz, daß so gelehrte Leute so ganz verlassen sein sollten auf der Welt. Ich dachte dabei an mich, wie es mir eigentlich selber nicht anders ginge, und die Tränen traten mir in die Augen. — Der Waldhornist sah mich groß an. „Das tut gar nichts," fuhr er wieder weiter fort, „ich möchte gar nicht so reisen: Pferde und Kaffee und frischüberzogene Betten, und Nachtmützen und Stiefelknecht vorausbestellt. Das ist just das Schönste, wenn wir so frühmorgens heraustreten, und die Zugvögel hoch über uns fortziehn, daß wir gar nicht wissen, welcher Schornstein heut für uns raucht, und gar nicht voraussehen, was uns bis zum Abend noch für ein besonderes Glück begegnen kann." — „Ja," sagte der andere, „und wo wir hinkommen und unsere Instrumente herausziehen, wird alles fröhlich, und wenn wir dann zur Mittagsstunde auf dem Lande in ein Herrschaftshaus treten und im Hausflur blasen, da tanzen die Mägde miteinander vor der Haustür, und die Herrschaft läßt die Saaltür etwas aufmachen, damit sie die Musik drin besser hört, und durch die Lücke kommt das Tellergeklapper und der Bratenduft in den freudenreichen Schall herausgezogen, und die Fräuleins an der Tafel verdrehen sich fast die Hälse, um die Musikanten draußen zu sehen." — „Wahrhaftig," rief der Waldhornist mit leuchtenden Augen aus, „laßt die andern nur ihre Compendien repetieren, wir studieren unterdes in dem großen Bilderbuche, das der liebe Gott uns draußen aufgeschlagen hat! Ja, glaub' nur der Herr, aus uns werden gerade die rechten Kerls, die den Bauern dann was zu erzählen wissen und mit der Faust auf die Kanzel schlagen, daß den Knollfinken unten vor Erbauung und Zerknirschung das Herz im Leibe bersten möchte."

Wie sie so sprachen, wurde mir so lustig in meinem Sinn, daß ich auch gleich hätte mit studieren mögen. Ich konnte mich gar nicht satt hören, denn ich unterhalte mich gern mit studierten Leuten, wo man etwas profitieren kann. Aber es konnte gar nicht zu einem recht vernünftigen Diskurse kommen. Denn dem einen Studenten war vorhin angst geworden, weil die Vakanz sobald zu Ende gehen sollte. Er hatte daher hurtig seine Klarinette zusammengesetzt, ein Notenblatt vor sich auf das aufgestemmte Knie hingelegt und exerzierte sich eine schwierige Passage aus einer Messe ein, die er mitblasen sollte, wenn sie nach Prag zurückkamen. Da saß er nun und fingerte und pfiff dazwischen so flasch, daß es einem durch Mark und Bein ging und man oft sein eigenes Wort nicht verstehen konnte.

Auf einmal schrie der Waldhornist mit seiner Baßstimme: „Topp, da hab' ich es," er schlug dabei fröhlich auf die Landkarte neben ihm. Der andere ließ auf einen Augenblick von seinem fleißigen Blasen ab, und sah ihn verwundert an. „Hört," sagte der Waldhornist, „nicht weit von Wien ist ein Schloß, auf dem Schlosse ist ein Portier, und der Portier ist mein Vetter! Teuerste Condiscipels, da müssen wir hin, machen dem Herrn Vetter unser Kompliment, und er wird dann schon dafür sorgen, wie er uns wieder weiter fortbringt!" — Als ich das hörte, fuhr ich geschwind auf. „Bläst er nicht auf dem Fagott?" rief ich, „und ist von langer, gerade Leibesbeschaffenheit, und hat eine große vornehme Nase?" — Der Waldhornist nickte mit dem Kopfe. Ich aber embrassierte ihn vor Freuden, daß ihm der Dreistutzer vom Kopfe fiel, und wir beschlossen nun sogleich, alle miteinander im Postschiffe auf der Donau nach dem Schloß der schönen Gräfin hinunterzufahren.

Als wir an das Ufer kamen, war schon alles zur Abfahrt bereit. Der dicke Gastwirt, bei dem das Schiff über Nacht angehalten hatte, stand breit und behaglich in seiner Haustür, die er ganz ausfüllte, und ließ zum Abschied allerlei Witze und Redensarten erschallen, während in jedem Fenster ein Mädchenkopf herausfuhr und den Schiffern noch freundlich zunickte, die soeben die letzten Pakete nach dem Schiffe schafften. Ein ältlicher Herr mit einem grauen Ueberrock und schwarzem Halstuch, der auch mitfahren wollte, stand am Ufer und sprach sehr eifrig mit einem jungen, schlanken Bürschchen, das mit langen, ledernen Beinkleidern und knapper scharlachroter Jacke vor ihm auf einem prächtigen Engländer saß. Es schien mir zu meiner großen Verwunderung, als wenn sie beide zuweilen nach mir hinblickten und von mir sprächen. — Zuletzt lachte der alte Herr, das schlanke Bürschchen schnalzte mit der Reitgerte und sprengte, mit den Lerchen über ihn um die Wette, durch die Morgenluft in die blitzende Landschaft hinein.

Unterdes hatten die Studenten und ich unsere Kasse zusammengeschossen. Der Schiffer lachte und schüttelte den Kopf, als ihm der Waldhornist damit unser Fährgeld in lauter Kupferstücken aufzählte, die wir mit großer Not aus allen unseren Taschen zusammengebracht hatten. Ich aber jauchzte laut auf, als ich auf einmal wieder die Donau so recht vor mir sah; wir sprangen geschwind auf das Schiff hinauf, der Schiffer gab das Zeichen, und so flogen wir nun im schönsten Morgenglanze zwischen den Bergen und Wiesen hinunter.

(Fortsetzung folgt.)

Kirchensteuer.

Die Erhöhung der Kirchensteuer hat besonders in den Kreisen der zahlungsfähigeren Taufscheinchristen Unmut erregt. In der Danziger Zeitung sagen sie in Eingesandts der Kirche recht unangenehme Wahrheiten. Das Börsenblatt nimmt sogar im Interesse seiner kapitalistischen Schutzbefohlenen selbst zu der Frage Stellung. Es fordert die Möglichkeit größerer Einwirkung auf das Kirchenregiment durch die Kirchenwahlen und zu dem Zwecke Erleichterung der Eintragung in die Wählerlisten und der Wahlbeteiligung.

Dagegen haben wir gewiß nichts einzuwenden. Wir verstehen aber nicht, weshalb dieselbe Danziger Zeitung, die so freiheitlich das durch die Kirchensteuer bedrohte Portemonnaie der reichen Leute schützt, nicht ebenso eifrig Wahlerleichterungen der 3. Klasse bei der Stadtverordnetenwahl fordert. Das unterbleibt wahrscheinlich nur deshalb, weil die freisinnige Börsenpartei keine Klassenvertretung ist, sondern für das Wohl aller mit gleicher Liebe sorgt.

Die Kirche ist andererseits auch nicht zu konsequent. Die Steuer treibt sie ein von Gläubigen und Ungläubigen. Vom Nachweise des rechtgläubigen Bekenntnisses macht sie die Erhebung der Steuerfilberlinge absolut nicht abhängig. Das Veranlagungsformular führt zwar unter dem Zeichen des Kreuzes die gesetzlichen Gründe, die von der Steuer befreien, auf. Der wichtigste Grund, der Austritt aus der Kirche, fehlt aber darunter, natürlich nur zufällig. Gleichzeitig mit den Auseinandersetzungen über die Steuererhöhung führte der evangelische Presseverband für Westpreußen in der Danziger Zeitung mit dem Komitee Konfessionslos, das für den Austritt aus der Kirche wirbt, eine Debatte über den Wert und Einfluß der Religion. Dabei behauptet der Presseverband, daß die zur Kirchenreligion sich rechnenden Verbrecher gerade durch ihre Tat bewiesen hätten, daß sie nicht religiös seien.

Das scheint uns doch eine zu bequeme Abschüttelungsmethode und eine sehr entschiedene Widerlegung der Meinung, daß die Religion das Bindemittel zwischen dem allmächtigen Gott und den schwachen Menschen ist, zu sein. Daneben verstehen wir aber nicht, daß dieselbe Kirche, deren Verteidiger mit solchen Gründen arbeiten, die Steuergroschen ohne Nachprüfung seiner Anerkennung ihrer Lehren von jedem nimmt, der einst als Säugling getauft wurde. – Ein ärgerlicher Sachkenner teilt in der Danziger Zeitung mit, daß die Ausgaben des Danziger evangelischen Parochialverbandes für provinzielle und sonstige Zwecke außerhalb Danzigs sich wie folgt entwickelt haben: 1898/99: 16612 Mk.; 1900/01: 27202 Mk.; 1902/03: 27455 Mk.; 1905/06: 31444 Mk.; 1910/11: 65445 Mk. und 1912/13 gar 75141 Mk. Diese Steigerung ist allerdings erstaunlich. Die Leitung des Parochialverbandes, die diese Ausgaben beschließt, besteht aus 40 Leuten, von denen 11 Geistliche sind. Diese üben naturgemäß fast unbeschränkten Einfluß und sind dabei gänzlich von der Steuer befreit, obwohl ihre Einkommen keineswegs zu den niedrigen gehören.

Elbing.

Stadtverordnetensitzung vom 6. September 1912.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsteher in kurzen Worten des Ablebens des Stadtverordneten Justizrats Stroh, zu dessen Ehren sich die Versammlung von den Plätzen erhob. Der Verstorbene war eine im politischen Leben sehr bekannte, mit organisatorischen Fähigkeiten reich ausgestattete Persönlichkeit. In der Stadtverordneten-Versammlung trat er aber nur sehr selten mit seiner Meinung hervor. So blieben ihm denn auch an dieser Stätte die leidenschaftlichen Kämpfe erspart, welche er selbst im Ringen der bürgerlichen Parteien untereinander, besonders in den letzten Jahren, zu bestehen hatte. Ueber die Toten soll man nur Gutes reden. —

Alsdann wurde an Stelle des kürzlich verstorbenen Stadtrats Art eine Ergänzungswahl zum Magistratskollegium vorgenommen. Unsere Vertreter gaben zunächst geschlossen weiße Zettel ab. Bei der notwendig gewordenen Stichwahl zwischen dem Vorsitzenden des Verkehrsvereins Herrn Ruber und Sanitätsrat Dr. Selecker änderten unsere Genossen ihre Taktik, indem sie ebenso geschlossen für Ruder votierten und damit dessen Sieg herbeiführten. Mit der Niederlage Seleckers ist der Einzug eines Grund- und Bodenspekulanten in den Magistrat verhindert, was nur aufrichtig begrüßt werden kann.

Interessant gestaltete sich die Fortsetzung der Debatte über den geplanten Geländeverkauf an die Baugesellschaft der konfessionellen Arbeitervereine und des Beamtenvereins. Dieser Aussprache war eine Besichtigung des Geländes vorausgegangen, und schon bei dieser Gelegenheit bildete sich bei den Herren Stadtvätern die Meinung heraus, daß die Magistratsvorlage unter allen Umständen abgelehnt werden müsse. Für den aufmerksamen Zuhörer gestaltete sich die Diskussion recht interessant und lehrreich. [illegible]

Zum Vertrauensmann zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1913 wurde neben drei bürgerlichen auch Stadtverordneter Trilse gewählt.

Zum Vertrauensmann zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1913 wurde neben drei bürgerlichen auch Stadtverordneter Trilse gewählt.

Die weiteren Gegenstände waren von minderer Bedeutung.

Graudenz.

Die Stadttheaterfrage wird wieder aktuell, daß der Stadtkämmerer und Stadtrat Tzscheiter hier an sämtliche Bürger der Stadt Graudenz einen Aufruf erläßt, für den Umbau des jetzigen Theatergebäudes die Summe von 15 000 Mark aufzubringen, da die Stadt ohne Theater nicht sein darf. Die Stadtverordneten haben den Antrag des Magistrats, zur Ausführung der von der Aufsichtsbehörde geforderten baulichen Abänderungen am Theater 1175 Mark zu bewilligen, abgelehnt. Die Kasse des Theatervereins ist leer. Es bleibt also nur der Appell an die Bürgerschaft. Diese wird zwar die erforderlichen 1175 Mark zur dringenden Reparatur wohl zusammenbringen, um dem Theaterdirektor die Möglichkeit zur Aufführung zu geben; ob die 15 000 Mark aber aufgebracht werden, erscheint nach Lage der Verhältnisse mehr als fraglich.

Neustadt.

In der letzten Stadtverordnetensitzung war die Aufnahme einer Anleihe bis zu 100 000 Mark zur Versorgung Neustadts mit Elektrizität beschlossen worden. Jetzt haben die Stadtväter den Beschluß gefaßt, ein eigenes Elektrizitätswerk in Verbindung mit dem Gaswerk zu erbauen. Die Kosten dafür sind auf 90 000 Mark veranschlagt. Für den Erweiterungsbau der Stadtschule und verschiedene Nebenarbeiten wurde eine Anleihe von 66 000 Mark genehmigt.

Aus der Partei.

Protestversammlungen in Westpreußen.

Sonntag, den 8. September, fanden in elf westpreußischen Wahlkreisen unter starker Beteiligung der Frauen 22 Versammlungen statt, die sich mit der herrschenden Teuerung beschäftigten. Nach den uns zugegangenen Berichten waren die Versammlungen durchweg gut besucht. Überall wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung erblickt in der herrschenden, sich seit Jahren verschärfenden Teuerung aller notwendigen Lebensmittel einen üblen Ausfluß der gesamten internationalen Entwickelung des Kapitalismus, der einer geringen Minderheit ungeheure Reichtümer in den Schoß wirft und die großen arbeitenden Massen aller kapitalistischen Länder zu einem Leben voller Entbehrungen, Sorgen und Krankheiten verurteilt.

Sie konstatiert ferner, daß die Teuerung durch die Zollwucherpolitik und die Absperrung der Grenzen für Deutschland in unerträglicher Weise verschärft worden ist.

Deshalb fordert die Versammlung zur Linderung der Not die Abschaffung der Lebens- und Futtermittelzölle, die Beseitigung der auf den Verbrauchsartikeln der breiten Masse ruhenden indirekten Steuern, die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch. Zur Durchführung der unerläßlich gewordenen Aenderung der Wirtschaftspolitik wird die Regierung aufgefordert, sofort den Reichstag einzuberufen.

Sie fordert ferner die kommunalen Vertretungen auf, unverzüglich Maßnahmen zur besseren Versorgung des Lebensmittelmarktes zu treffen.

Die Versammelten erkennen die Stärkung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisation sowie die Verbreitung der Volkswacht als dringendste Pflicht jedes Arbeiters und Angestellten und sind entschlossen, den Kampf für ihre schwer bedrohte Lebenshaltung mit aller Energie bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

(Näherer Bericht folgt.)

Die Genossen des 5. Bezirks (Langfuhr) gewannen durch eine am letzten Sonntag unternommene Hausagitation 52 Abonnenten für die Volkswacht. Da die Agitation fortgesetzt wird, so stehen weitere Erfolge bevor. Ein Ansporn für die Genossen der übrigen Bezirke.

Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung.

Der Stadtrat in Offenburg (Baden) traf in seiner letzten Sitzung eine Bestimmung für die Vertretung des Oberbürgermeisters bei dessen Beurlaubung oder dienstlicher Verhinderung. In der Standesbeamtung hat in erster Reihe der sozialdemokratische Stadtrat Monsch den Oberbürgermeister zu ersetzen, für seine übrigen Funktionen in der Stadtverwaltung rangiert der genannte sozialdemokratische Stadtrat an zweiter Stelle.

Rudolstadt. Der Landtag wählte den Sozialdemokraten Winter einstimmig zum Präsidenten und Krieger zum Vizepräsidenten. Auch die Schwarzen und die Blauen stimmten diesmal für den Roten.

Vereinskalender.

Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 12. September, abends 8 Uhr Vertrauensmännerversammlung in der Maurerherberge.

Möbel

Kulant auf Kredit jedem, ob aus Danzig oder von außerhalb, im modernsten Kredithaus des Ostens

Nicol. Pindo Nchf.

M. Grau

Holzmarkt 4. part., 1., 2., 3., 4. Etage. Fahrstuhl.

Möbel

Grau Grau Grau Grau Grau Grau Grau Grau

Schlafzimmer in Eiche, Satin, Nußbaum, hochmodern . von 285 Mk. an

Speisezimmer 1 Büfett, Kredenz, 6 Lederstühle, 1 Tisch, Sofa mit Umbau, Eiche gewachst von 465 Mk. an

Salons 1 eleg. Garnitur, 1 Sofa mit Umbau, 2 Sessel, 1 Salonschrank, 1 Salontisch, 2 Salonstühle . . . . von 365 Mk. an

Ca. 100 Musterzimmer permanent ausgestellt.

Stilreine Einrichtungen . . . . von 200 bis 15 000 ℳ

Büfetts in Nußbaum oder Eiche 105, 125, 140, 170, 300 ℳ

Bücherschränke, Truhen 68, 90, 130 ℳ

Sofas in diversen Ausführungen von 28 ℳ
Schlafsofas von 45 ℳ
Umbausofas von 48 ℳ
Garnituren von 145 ℳ

Schränke und Vertikos imitiert, fourniert und echt Nußbaum von 28 ℳ an

Kostüme . . von 30 ℳ an bei [illegible] ℳ Anzahlung
Paletots . . von 18 ℳ an bei [illegible] ℳ Anzahlung

Blusen . . . . . von 3 ℳ an bei 1 ℳ Anzahlung.
Kostümröcke von 8 ℳ an bei 2 ℳ Anzahlung.

Anzüge . . . . von 18 ℳ an bei 4 ℳ Anzahlung.
Paletots . . . von 18 ℳ an bei 4 ℳ Anzahlung.